

# Das Uebersetzen juristischer Terminologie

Citation for published version (APA):

de Groot, G-R. (1999). Das Uebersetzen juristischer Terminologie. In G-R. de Groot, & R. Schulze (Eds.), *Recht und Übersetzen*. (pp. 11-46). Nomos.

## Document status and date:

Published: 01/01/1999

## Document Version:

Publisher's PDF, also known as Version of record

## Please check the document version of this publication:

- A submitted manuscript is the version of the article upon submission and before peer-review. There can be important differences between the submitted version and the official published version of record. People interested in the research are advised to contact the author for the final version of the publication, or visit the DOI to the publisher's website.
- The final author version and the galley proof are versions of the publication after peer review.
- The final published version features the final layout of the paper including the volume, issue and page numbers.

[Link to publication](#)

## General rights

Copyright and moral rights for the publications made accessible in the public portal are retained by the authors and/or other copyright owners and it is a condition of accessing publications that users recognise and abide by the legal requirements associated with these rights.

- Users may download and print one copy of any publication from the public portal for the purpose of private study or research.
- You may not further distribute the material or use it for any profit-making activity or commercial gain
- You may freely distribute the URL identifying the publication in the public portal.

If the publication is distributed under the terms of Article 25fa of the Dutch Copyright Act, indicated by the "Taverne" license above, please follow below link for the End User Agreement:

[www.umlib.nl/taverne-license](http://www.umlib.nl/taverne-license)

## Take down policy

If you believe that this document breaches copyright please contact us at:

[repository@maastrichtuniversity.nl](mailto:repository@maastrichtuniversity.nl)

providing details and we will investigate your claim.

# Das Übersetzen juristischer Terminologie

*Gerard-René de Groot, Maastricht*

## I. Einführende Bemerkungen über das Verhältnis zwischen der Rechtsvergleichung und der Problematik des Übersetzens juristischer Informationen<sup>1</sup>

In dem Buch „Acht civilisten in burger“ behauptet *Isaac Kisch*:

„ein guter Übersetzer [ist] eigentlich ein von außen nach innen gekehrter Komparatist und ein guter Komparatist eigentlich ein von innen nach außen gekehrter Übersetzer“<sup>2</sup>.

Auf eine sehr plastische Weise faßt er damit das wechselseitige Verhältnis zwischen der Rechtsvergleichung einerseits und der Problematik des Übersetzens juristischer Informationen andererseits in Worte.

Einerseits muß ein Rechtsvergleicher ständig übersetzen. Er muß in seiner eigenen Rechtssprache über den Inhalt anderer Rechtssysteme berichten, in anderen Rechtssprachen Auskünfte über sein eigenes Rechtssystem erteilen und sehr oft auch in fremden Rechtssprachen über den Inhalt ausländischer Rechtssysteme, in denen die betreffenden Fremdsprachen nicht als Rechtssprache verwendet werden, sprechen und schreiben. Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß verschiedene Einführungen in die Rechtsvergleichung der Übersetzungsproblematik<sup>3</sup> Aufmerksamkeit widmen.

Andererseits wird der Übersetzer juristischer Informationen ständig mit der Rechtsvergleichung konfrontiert. Beim Übersetzen wird er überprüfen müssen, was die genaue Bedeutung eines zu übersetzenden Begriffs aus der Ausgangssprache<sup>4</sup> ist, um anschließend in der Zielsprache<sup>5</sup> einen Begriff mit einer vergleichbaren Bedeutung zu suchen. Dazu wird er

---

1 Frau *Diana Schmitz* hat meinen niederländischen Originaltext ins Deutsche übersetzt. Sie hat dabei nützliche, kritische Bemerkungen gemacht, die dazu geführt haben, daß der deutsche Text an manchen Stellen sogar deutlicher als das niederländische Original ist. Die Übersetzung ist anschließend von mir eingehend überarbeitet worden. Für Fehler und Ungenauigkeiten im Endtext liegt die Verantwortung ausschließlich bei mir.

2 „Een goed translateur [is] eigenlijk een binnen-buiten gekeerd comparatist, en een goed comparatist eigenlijk een buitenst-binnen gekeerd translateur“; *J.M. van Dunné u.a.* (Hg.), *Acht civilisten in burger*, Zwolle 1977, S. 119.

3 Vgl. folgende allgemeine Einführungen: *Marc Ancel*, *Utilité et méthodes de droit comparé*, Paris 1971, S. 91 ff.; *Léontin-Jean Constantinesco*, *Rechtsvergleichung*, Band II, Tübingen 1971, S. 79 ff., 164 ff.; *Gerard-René de Groot*, *Vertaalproblemen*, in: *D. Kokkini-Iatridou*, *Een inleiding tot het rechtsvergelijkende onderzoek*, Deventer 1988, S. 94 ff.; *H.C. Gutteridge*, *Comparative Law, An introduction to the comparative method of legal study and research*, Cambridge 1949, Chapter IX (The problem of legal terminology), S. 117 ff.; *Rodolfo Sacco*, *Introduzione al diritto comparato*, 4. Aufl., Turin 1990, S. 27 ff.

4 Dies ist die Sprache, aus der übersetzt wird.

5 Dies ist die Sprache, in die übersetzt wird.

sich sowohl in Bücher vertiefen müssen, die sich auf ein Rechtssystem beziehen, in dem die Ausgangssprache als Rechtssprache benutzt wird, als auch in Bücher, die sich auf ein Rechtssystem beziehen, in dem die Zielsprache verwendet wird. So kann er entscheiden, wie die Informationen aus der Ausgangssprache in der Zielsprache wiedergegeben werden können. Dabei wird er die Informationen aus den einschlägigen Büchern miteinander vergleichen müssen. Er beschäftigt sich deshalb mit Rechtsvergleichung<sup>6</sup>.

Der Begriff „Übersetzen“ wird in diesem Aufsatz ständig in einer besonders weiten Bedeutung benutzt. Vom Übersetzen ist nicht nur die Rede, wenn ein juristischer Text mehr oder weniger „wörtlich“ in einer anderen Sprache wiedergegeben werden muß, sondern vielmehr immer dann, wenn über den Inhalt eines Rechtssystems in einer Sprache gesprochen oder geschrieben werden muß, die nicht die Rechtssprache oder eine der Rechtssprachen des betreffenden Rechtssystems ist. In all diesen Situationen wird man mit den Problemen konfrontiert, die in diesem Beitrag behandelt werden sollen.

## II. Die grundsätzliche Systemgebundenheit juristischer Terminologie

Bevor in den nächsten Abschnitten die Strategien, die beim Übersetzen juristischer Informationen zu verfolgen sind, behandelt werden, soll zunächst der Systemgebundenheit der Rechtssprache Aufmerksamkeit gewidmet werden. Jeder Staat hat sein eigenes Rechtssystem. Jeder Staat hat deshalb seine eigene - im Prinzip vollständig autonome - juristische Terminologie, auch wenn dieser Staat als Rechtssprache eine Sprache verwendet, die auch in einem anderen Staat als Rechtssprache gilt. Es gibt sogar Staaten, in denen mehrere Rechtssysteme nebeneinander bestehen, die alle über eine im Prinzip autonome juristische Terminologie verfügen. Ein Beispiel eines solchen Staates bildet das Königreich der Niederlande: Die Rechtssprachen in den drei Ländern des Königreichs (das Königreich in Europa, die Niederländischen Antillen und die Insel Aruba) unterscheiden sich in einigen nicht unwichtigen Punkten. Zwar besagt Art. 39 des Statuts für das Königreich (Statuut voor het Koninkrijk), daß eine Vereinheitlichung des Rechts in den Staaten des Königreichs der Niederlande angestrebt werden soll, dieses sog. Konkordanzprinzip (Concordantiebeginsel) ist jedoch vor allem in letzter Zeit außer Sichtweite geraten. Beispielsweise haben die umfangreichen niederländischen (Neu-)Kodifikationswellen im Bereich des Privatrechts und des Verwaltungsrechts die Karibischen Inseln noch nicht erreicht, was auch im terminologischen Bereich mit Folgen verbunden war.

Wegen der Systemgebundenheit juristischer Terminologie gibt es praktisch keine internationale juristische Fachsprache. Es gibt sie nur, soweit bestimmte Rechtsgebiete „internationalisiert“ sind, wie es z.B. vor allem im Bereich des Völkerrechts<sup>7</sup> und des Europarechts

---

6 An dieser Stelle möchte ich nicht näher auf die Diskussion über die Frage, wann genau von Rechtsvergleichung die Rede sein kann, eingehen. Auf jeden Fall möchte ich jedoch feststellen, daß ein Übersetzer vergleicht, wenn auch natürlich nicht mit der Zielsetzung, eine rechtsvergleichende Veröffentlichung vorzubereiten. Vielmehr handelt es sich um eine Vergleichung im Rahmen einer anderen Tätigkeit. Siehe *Gerard-René de Groot*, *Vergelijkt alles en behoudt het goede*, Inauguralrede Maastricht 1989, Deventer 1989, S. 5; vgl. *Th.M. de Boer*, *Vergelijkenderwijs: de inspiratie van buitenlands recht*, *Weekblad voor Privaatrecht, Notariaat en Registratie* (WPNR) 6033 (1992), S. 41.

7 Siehe zur Terminologie des Völkerrechts und der Übersetzungsproblematik in diesem Bereich *W.E. Butler*, *The language of international law*, Chapter IV, in: *Comparative approaches to inter-*

sowie in gewissem Maße im Bereich des Internationalen Privatrechts der Fall ist<sup>8</sup>. Vor allem auf die Terminologie im Bereich des Europarechts wird später näher eingegangen werden<sup>9</sup>. In den übrigen Rechtsgebieten ist hingegen eine internationale Terminologie nur rudimentär vorhanden<sup>10</sup>.

Wie stark die Systemgebundenheit juristischer Terminologie ist, zeigen uns die terminologischen Unterschiede zwischen dem alten niederländischen bürgerlichen Gesetzbuch (*Burgerlijk Wetboek*, BW) von 1838 und dem neuen, das am 1. Januar 1992 in Kraft getreten ist. Durch das Inkrafttreten dieses neuen Gesetzbuches hat sich auf terminologischem Gebiet manches geändert. Die berühmtesten Beispiele dieser terminologischen Veränderungen sind die neuen Definitionen, die für die Begriffe *zaak* und *goed* formuliert wurden. Nach altem Recht waren *goederen* körperliche Gegenstände, und bildete *zaken* den Oberbegriff für *goederen* und Rechte (vgl. Art. 555 des alten BW). Nach dem neuen Gesetzbuch sind *zaken* körperliche Gegenstände, und bildet *goederen* den Oberbegriff für *zaken* und Rechte (siehe Art. 3:1 des neuen BW). Diese Änderung der Terminologie hat erhebliche Folgen für die Bedeutung und die Entwicklung anderer Begriffe im neuen Gesetzbuch und auch für die weitere Terminologie im Bereich des bürgerlichen Rechts nach sich gezogen<sup>11</sup>. Ähnliches sieht man im Bereich der Terminologie des niederländischen Verwaltungsrechts, die durch das Inkrafttreten des Allgemeinen Gesetzes über das Verwaltungsrecht (*Algemene Wet Bestuursrecht*, AWB) am 1. Januar 1995 wesentlich beeinflusst worden ist. Es ist in terminologischer Hinsicht vor allem besonders interessant und lehrreich, jene Bestimmungen zu studieren, die zum Ziel hatten, die Terminologie der „übrigen Gesetzgebung“ mit der konsequenten, neuen Terminologie des AWB in Einklang zu bringen. Daraus wird deutlich, daß die Rechtssprache eine sehr lebendige Sprache ist: Wo sich das Recht ändert, verändert sich auch die Rechtssprache.

Die Systemgebundenheit der Rechtssprache führt dazu, daß es innerhalb einer Sprache nicht immer lediglich eine Rechtssprache gibt, so wie es nur eine Sprache auf dem Gebiet der Medizin, der Chemie, der Wirtschaft usw. gibt. Es existieren innerhalb einer Sprache so viele Rechtssprachen, wie es Rechtssysteme gibt, die sich dieser Sprache als Rechtssprache bedienen<sup>12</sup>. Die niederländische Sprache hat fünf, möglicherweise sogar sechs Rechtssprachen. Aus dem vorher Gesagten ging bereits hervor, daß man innerhalb des

---

national law, *Recueil de cours de l'Académie de Droit International* 1985, S. 57 ff.

- 8 Vgl. im Hinblick auf die Probleme der spanischen Übersetzung der Haager IPR-Verträge *A. Borras Rodriguez*, *Unificación de la traducción al castellano de los Convenios de la Haya de derecho internacional privado*, *Revista española de Derecho Internacional* 1990, S. 703 ff.; *ders.*, *La traducción al castellano de los Convenios de la Haya*, *Revista española de Derecho Internacional* 1993, S. 249 ff.
- 9 Vgl. die Ausführungen im Abschnitt IV.4.e).
- 10 Vgl. *Lucie Lauzière*, *Un vocabulaire juridique bilingue canadien*, in: *Meta* (Organe d'information et de recherche dans les domaines de la traduction et de l'interprétation) 1979, S. 11.
- 11 Siehe *Gerard-René de Groot*, *Consequenties van de gewijzigde terminologie van het Nederlands recht voor vertalers*, in: *ders.* (Hg.), *Recht en vertalen II*, Deventer 1993, S. 41 ff.
- 12 *Peter Sandrini*, *Deskriptive begriffsorientierte Terminologiearbeit im Recht. Problemstellung und Lösungsansätze vom Standpunkt des Übersetzers*, Diss. Innsbruck 1994, S. 12, schreibt deshalb mit Recht: „Rechtssprache ist vielmehr ein Sammelbegriff für eine Vielfalt nationaler Rechtssprachen, die jeweils inhaltlich und auch formal erhebliche Unterschiede aufweisen.“

Königreichs der Niederlande die niederländisch-niederländische, die niederländisch-antilisch-niederländische und die arubanisch-niederländische Rechtssprache unterscheiden kann. Die niederländische Sprache wird jedoch auch noch in Belgien und in Surinam als Rechtssprache benutzt; auch in jenen Rechtsordnungen hat sich eine selbständige niederländische Terminologie entwickelt. Weiter ist vielleicht vertretbar, daß es eine besondere europarechtlich-niederländische Rechtsterminologie gibt. Man könnte das Europarecht als selbständiges, supranationales Rechtssystem betrachten. Die Europäische Union entwickelt im Prinzip ganz autonom in allen ihren Amtssprachen eine eigene selbständige Terminologie. Wegen der direkten Wirkung vieler europarechtlicher Regelungen ist aber das Europarecht und damit auch dessen Terminologie weitgehend Teil der nationalen Rechtssysteme der Mitgliedstaaten. Die europarechtlich-niederländische Rechtsterminologie kann deshalb nicht klar von der belgisch-niederländischen und niederländisch-niederländischen Rechtsterminologie getrennt werden; sie wird weitgehend von der belgischen und der niederländischen Rechtsordnung absorbiert. Die Terminologie entstammt aber nicht einer nationalen Quelle. Bei der Übersetzung europarechtlicher Terminologie in eine Sprache, die ebenfalls Amtssprache der Europäischen Union ist, muß dieser Tatsache Rechnung getragen werden. Wegen der Mehrsprachigkeit der Rechtsordnung der Europäischen Union bestehen für sämtliche Begriffe Äquivalente in den anderen Amtssprachen. Dies muß man sich vergegenwärtigen, wenn die betreffende Terminologie in eine andere Sprache übersetzt werden muß, die ebenfalls Amtssprache der Europäischen Union ist.

Auch in bezug auf die deutsche Sprache kann man feststellen, daß es mehrere unterschiedliche Rechtssprachen gibt. Es gibt die Rechtssprache der Bundesrepublik Deutschland, die der Schweiz, die Österreichs, die Liechtensteins, die Belgiens, die Südtirols und die deutsche Rechtssprache der Europäischen Union. Bis vor einigen Jahren war die Bundesrepublik Deutschland der einzige deutschsprachige Mitgliedstaat der Europäischen Union. Erst in den letzten Jahren wurde Deutsch (wieder) Gerichtssprache in Belgien und seit kurzem auch in Südtirol. Bis jetzt bestand bei der Auswahl deutscher Begriffe bei der Formulierung von europäischen Richtlinien und Verordnungen keine Gefahr, daß bestimmte deutschsprachige Begriffe in deutschsprachigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterschiedliche Bedeutungen haben konnten. Seit einigen Jahren muß man aber Vorsicht walten lassen. Die Gefahr unterschiedlicher Interpretation deutschsprachiger europarechtlicher Terminologie wurde besonders bei dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union deutlich. Als Österreich Mitglied wurde, galt der gesamte *acquis communautaire* auch für Österreich. Es war deshalb nicht erstaunlich, daß österreichische Behörden vor dem Beitritt sehr aufmerksam waren, ob in den deutschsprachigen Versionen der europäischen Richtlinien und Verordnungen Begriffe benutzt werden, denen in der österreichischen Rechtssprache eine andere Bedeutung als in der deutschen oder europarechtlichen Rechtssprache zukommt.

Wir müssen uns jedoch darüber im klaren sein, daß auch innerhalb eines Rechtssystems die Bedeutung eines Begriffs nicht immer die gleiche ist. Manchmal ist dies darauf zurückzuführen, daß der Gesetzgeber unsorgfältig formuliert hat. So hat in den Niederlanden der Begriff *vervreemding* (Veräußerung) in dem Gesetz über den Bodenverkehr in der

Landwirtschaft (Wet agrarisch grondverkeer) eine andere Bedeutung als im bürgerlichen Gesetzbuch (Burgerlijk Wetboek)<sup>13</sup>.

Die bisherigen Beispiele bezogen sich auf - vom Gesetzgeber - legaldefinierte Begriffe. Diese sind eng mit jenen Begriffen verbunden, deren Bedeutung aus dem Gesetz geschlossen werden kann. Diese können als mittelbar gesetzlich definierte Begriffe bezeichnet werden<sup>14</sup>. Die Rechtssprache setzt sich jedoch nicht lediglich aus legal- oder mittelbar gesetzlich definierten Begriffen zusammen, sondern auch aus Begriffen, deren Bedeutung sich im Laufe der Zeit in der juristischen Literatur entwickelt hat. Beispiele sind in den Niederlanden Begriffe wie *handelingsbekwaam* und *handelingsbevoegd*. Jemand ist *handelingsbekwaam*, wenn die von ihm vorgenommenen Rechtsgeschäfte grundsätzlich unanfechtbar sind. Ist dies nicht der Fall, ist er *handelingsonbekwaam*. Manche Rechtsgeschäfte kann aber auch ein *handelingsonbekwame* unanfechtbar verrichten. Insofern ist er dann *handelingsbevoegd*<sup>15</sup>. Auf diese in der Literatur entwickelten Definitionen muß Rücksicht genommen werden, wenn diese Begriffe aus dem Niederländischen übersetzt werden oder in bezug auf ein Thema, das von Rechtsgeschäften von *handelingsonbekwamen* handelt, eine Übersetzung ins Niederländische erfolgt.

Eine Kategorie zwischen den legal- oder mittelbar gesetzlich definierten Begriffen und den in der Literatur entwickelten Begriffen bilden die vom Gesetzgeber implizit mit einer Bedeutung versehenen Begriffe, d.h. Begriffe, die in der Gesetzgebung vom Gesetzgeber immer wieder konsequent in einer bestimmten Bedeutung verwendet werden, ohne daß der Gesetzgeber sie ausdrücklich definiert hat oder man deren Bedeutung aus dem Gesetzestext schließen kann. Beispiele dieser Kategorie sind Worte wie *terstond*, *onverwijld* und *met bekwame spoed*, wie sie im neuen Burgerlijk Wetboek verwendet werden. Diesen Begriffen kommt allen die Bedeutung von *unverzüglich* zu, wobei bei *terstond* eine schnellere Reaktion als bei *onverwijld* und bei *onverwijld* wiederum eine schnellere Reaktion als bei *met bekwame spoed* gefordert ist<sup>16</sup>.

Es wurde schon erwähnt, daß ein Begriff innerhalb eines Rechtssystems manchmal unterschiedliche Bedeutungen haben kann. Demselben Begriff können noch weitere Bedeutungen zukommen, wenn die einschlägige Sprache zudem noch von einem anderen Rechtssystem als Rechtssprache verwendet wird. Dies wird deutlich, wenn man z.B. die niederlän-

---

13 Siehe Gerard-René de Groot, in: ders./A.H.T. Heisterkamp/T.H.J. Joustra (Hg.), Kommentar zur „Wet agrarisch grondverkeer“, Den Haag, Anmerkung 6 zu Art. 1.

14 Sandrini (Fn. 12) S. 71, charakterisiert diese Fälle als „kaschierte Legaldefinitionen“, wobei „die Definition in die rechtsfolgenanordnende Norm eingebettet ist.“ Als Beispiel zitiert er den Text des Art. 16 des österreichischen Strafgesetzbuchs: „Der Täter wird wegen des Versuchs oder der Beteiligung daran nicht bestraft, wenn er freiwillig die Ausführung aufgibt oder, falls mehrere daran beteiligt sind, verhindert oder wenn er freiwillig den Erfolg abwendet.“ Hieraus läßt sich die Definition des Rücktritts vom Versuch schließen.

15 O.K. Brahn/W.H.M. Reehuis, Zwaartepunten van het vermogensrecht, 5. Aufl., Arnheim 1993, S. 247.

16 Siehe C.J. van Zeben, Parlementaire Geschiedenis, Buch 3 NBW, Deventer 1981, S. 162. Siehe auch C.C. van Dam/E.H. Hondius, Het nieuwe BW in 400 trefwoorden, 2. Aufl., Deventer 1990, S. 359; A.S. Hartkamp, Compendium van het vermogensrecht volgens het nieuwe burgerlijk wetboek, 4. Aufl., Deventer 1990, S. 18; Bob Wessels, Termijnaanduidingen in het nieuw BW, Kwartaalberichten NBW 1987, S. 37 ff.

dische Rechtsterminologie mit der belgisch-niederländischen Rechtsterminologie<sup>17</sup> vergleicht. Manchmal verweist ein und dasselbe Wort auf unterschiedliche Institutionen des Rechts (*arrondissementsrechtbank*<sup>18</sup>, *nationaliteitsrechtelijke optieverklaring*<sup>19</sup>). Bei den Beispielen handelt es sich um spezifische Rechtsbegriffe, da sie außerhalb des Rechtssystems in der Sprache keine Funktion erfüllen. Ähnliches gilt aber für Begriffe, die auch in der Umgangssprache verwendet werden. Das ist z.B. bei strafrechtlichen Delikten der Fall, deren Umschreibungen in Belgien und in den Niederlanden unterschiedlich sind, wobei jedoch allgemein geläufige Begriffe verwendet werden. Kompliziert sind dabei insbesondere die Unterschiede, die sich daraus ergeben, daß das belgische Recht andere Unterscheidungen als das niederländische kennt. Eine wichtige Unterscheidung zwischen dem niederländischen und dem belgischen Strafrecht liegt z.B. darin, daß das niederländische Strafrecht *overtredingen* und *misdriften* unterscheidet, während das belgische Strafrecht *misdaden*, *wanbedrijven* und *overtredingen* kennt und als Oberbegriff nach Art. 1 des belgischen Strafgesetzbuchs (Strafwetboek) *misdrif* verwendet. Aus juristischer Perspektive sind deshalb sehr viele belgische *misdriften* bei langem keine niederländischen *misdriften*<sup>20</sup>.

Ferner ist festzustellen, daß es im belgischen Rechtssystem Rechtsbegriffe gibt, die man in den Niederlanden nicht kennt und umgekehrt. Manchmal ist dies darauf zurückzuführen, daß bestimmte Institutionen nur in dem einen Rechtssystem vorkommen, während sie in dem anderen Rechtssystem unbekannt sind. Als Beispiele können typisch belgische Begriffe wie *Hof van Arbitrage* (Verfassungsgerichtshof), *verlengde minderjarigheid* (verlängerte Minderjährigkeit) und *familieraad* (Familienrat) angeführt werden. Manchmal werden auch dieselben (jedenfalls sehr vergleichbaren) Institutionen in beiden Rechtssystemen mit unterschiedlichen Begriffen bezeichnet: z.B. *Procureur des Konings* bzw. *Officier van Justitie* (Staatsanwalt), *jeugdrechter* bzw. *kinderrechter* (Jugendrichter), *vredegerecht* bzw. *kantongerecht* (Amtsgericht), *ontvoogding* bzw. *handlichting* (Teilgeschäftsfähigkeit)<sup>21</sup>.

---

17 Siehe u.a. *Walter J. Cairns*, Differences between Flemish and Dutch legal terminology, Van Taa tot Taa 1994, S. 107 ff.

18 Die niederländische *arrondissementsrechtbank* hat große Ähnlichkeit mit der belgischen *rechtbank van eerste aanleg* (*tribunal de première instance*, Art. 76, 568 ff. Gerechtelijk Wetboek). Die belgische *arrondissementsrechtbank* hingegen ist ein Kollegium, das sich aus den Vorsitzenden der *rechtbank van eerste aanleg* (*tribunal de première instance*), der *rechtbank van koophandel* (*tribunal de commerce*, Art. 73, 573 ff. Gerechtelijk Wetboek) und der *Arbeidsrechtbank* (*tribunal de travail*, Art. 73, 578 ff. Gerechtelijk Wetboek) zusammensetzt. Aufgabe dieses Kollegiums ist es, Streitigkeiten über die Zuständigkeit zwischen diesen drei Instanzen zu lösen, wenn Unklarheit darüber besteht, bei welchem Gericht eine bestimmte Sache anhängig gemacht werden soll.

19 Staatsangehörigkeitsrechtliche Optionserklärung. Siehe *Gerard-René de Groot*, Staatsangehörigkeit im Wandel, Köln 1989, S. 211 f.

20 Siehe auch - im Zusammenhang mit der Übersetzung dieser Begriffe ins Spanische - *Rita De Maeseneer*, Problemática de la traducción neerlandés-español de textos jurídicos del sistema belga, *Linguistica Antverpiensia* 1993, S. 101 (103 f.).

21 Siehe auch *De Maeseneer* (Fn. 20) S. 105.

Die Unterschiede zwischen der niederländisch-niederländischen und der belgisch-niederländischen Rechtssprache erfordern es manchmal, die Bedeutung von Begriffen des einen Rechtssystems Juristen, die in dem anderen Rechtssystem ausgebildet sind, zu erklären. Mit anderen Worten besteht manchmal das Bedürfnis nach einer intralinguistischen Übersetzung<sup>22</sup>.

Wir müssen uns aber im klaren darüber sein, daß zwischen der belgisch-niederländischen und der niederländisch-niederländischen Rechtsterminologie keine undurchdringbaren Trennwände stehen. Einerseits ist es natürlich denkbar, daß sowohl der belgische als auch der niederländische Gesetzgeber bei der Verwendung desselben Begriffs bewußt oder unbewußt auf die Bedeutung, die dieser Begriff in der Umgangssprache hat<sup>23</sup>, zurückgreift. Da die Umgangssprache in beiden Staaten grundsätzlich gleich ist, wird dann in der Regel auf die gleiche Bedeutung verwiesen. Hierbei ist außer Betracht zu lassen, daß die Bedeutung eines bestimmten niederländischen Begriffs in den Niederlanden und in Flandern auf umgangssprachlicher Ebene unterschiedlich sein kann. Ein gutes Beispiel für einen solchen Begriff bildet das Wort *merkwaardig*. Wenn die vorliegende Veröffentlichung von einem Kollegen als *merkwaardig* charakterisiert würde, meint ein niederländischer Kollege damit wahrscheinlich *merkwürdig* oder *eigenartig*, während ein flämischer Kollege dadurch beabsichtigt, die Veröffentlichung als *bemerkenswert* zu bezeichnen.

Andererseits nehmen belgische Juristen von niederländischen Gesetzestexten und juristischer Literatur Kenntnis und umgekehrt. Unter anderem dadurch entsteht eine gewisse Osmose der Rechtsterminologie. Manchmal werden Gesetzgebungsjuristen die gleichen Worte wählen, um damit einigermaßen gleichbedeutende Begriffe zum Ausdruck zu bringen. Trotzdem kann die Bedeutung dieser Begriffe, wenn man sie bis ins Detail betrachtet, kleine Unterschiede aufweisen, da die beiden Rechtssysteme nun einmal verschieden sind und deshalb die juristische Einbettung der Begriffe in die jeweiligen Rechtssysteme nicht die gleiche ist. Eine nahezu vollständige Äquivalenz eines Begriffs aus dem niederländischen und belgischen Recht gibt es nur, sofern auch die Regelung, in der der Begriff Verwendung findet, in Belgien und in den Niederlanden identisch ist.

Ähnliche Betrachtungen sind selbstverständlich im Verhältnis von Deutschland und Österreich, Deutschland und der Schweiz, der Schweiz und Österreich usw. möglich. Festzuhalten ist, daß jedes Rechtssystem seine eigene, im Prinzip selbständige Terminologie hat, auch wenn als Rechtssprache die gleiche Sprache wie in einem anderen Rechtssystem oder gar in mehreren anderen Rechtssystemen benutzt wird. Aus vielerlei Gründen werden sich die Terminologien dieser Rechtssprache aber gegenseitig beeinflussen.

### III. Die Folgen der Systemgebundenheit juristischer Terminologie für die Übersetzungsproblematik

Von welchen Grundsätzen soll man beim Übersetzen juristischer Terminologie ausgehen? Zunächst ist die Feststellung wichtig, daß aus einer Rechtssprache in eine andere übersetzt

---

22 Dieser Begriff wurde Giovanni Emilio Buzelli, General problems in scientific and technical translation, Babel 1970, S. 141, entliehen.

23 Siehe zum Verhältnis zwischen der juristischen Fachsprache und der Umgangssprache u.a. Sandrini (Fn. 12) S. 11 f.



werden muß. Diese These erscheint wahrscheinlich als Selbstverständlichkeit. Deshalb ist hier zu betonen, daß in der Praxis oft nicht aus der einen Rechtssprache in die andere übersetzt wird, sondern aus der einen Sprache in die andere. M.E. ist das nicht richtig. Es darf nicht aus der Ausgangssprache in die umgangssprachliche Terminologie der Zielsprache, sondern grundsätzlich lediglich in die juristische Terminologie der Zielsprache übersetzt werden. Wenn die Zielsprache in mehreren Rechtssystemen als Rechtssprache verwendet wird, muß deshalb sehr bewußt in die Terminologie des Rechtssystems, in der die Zielsprache als Rechtssprache verwendet wird, übersetzt werden<sup>24</sup>. Man muß sich also für eine Zielrechtsordnung<sup>25</sup> entscheiden, d.h. für ein Rechtssystem, das die Zielsprache als Rechtssprache verwendet. Für welche Zielrechtsordnung man sich entscheidet, hängt davon ab, wer als potentieller Leser<sup>26</sup> der Übersetzung in Betracht kommt. Danach sind die Informationen, die in der Terminologie der Ausgangsrechtsordnung<sup>27</sup> niedergelegt sind, in der Terminologie der Zielrechtsordnung wiederzugeben. *Jean Kerby*<sup>28</sup> sagt deshalb mit Recht:

„La traduction (juridique) comporte non seulement le passage d'une langue à une autre, mais encore la transportation d'un système de droit à un autre”<sup>29</sup>.

Vor allem in bezug auf die englische Sprache ist die Wahl einer Zielrechtsordnung oft schwierig. Häufig weiß der Übersetzer nicht genau, wer die Übersetzung lesen wird, oder - noch problematischer - er weiß, daß Leser der Übersetzung jeder Jurist sein könnte, der imstande ist, Englisch zu lesen. Aber sogar in diesem Fall kann man sich der Entscheidung nicht entziehen, eine Zielrechtsordnung zu wählen. Es liegt dann in der Regel nahe, sich für das juristische Englisch von England und Wales oder eines bestimmten amerikanischen Staates zu entscheiden. Der Übersetzer hat in diesem Fall die Tatsache zu berücksichtigen, daß viele potentielle Leser nicht über alle Details im terminologischen Bereich der gewählten Zielrechtsordnung informiert sind. In Zusammenhang mit der englischen Fassung von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sagt *Weston*<sup>30</sup>:

„But it has to be remembered at the same time that the majority of readers ... are unlikely to be particularly (or at all) familiar with (a) common-law institutions and

---

24 *Sandrini* (Fn. 12) S. 12.

25 Dieser Begriff wurde *Susan Sarcevic*, Strategiebedingtes Übersetzen aus den kleineren Sprachen im Fachbereich Jura, Babel 1990, S. 156, entliehen.

26 *Sandrini* (Fn. 12) S. 13, spricht in diesem Zusammenhang von dem „intendierten Rezipienten”.

27 Dieser Begriff wurde *Sarcevic* (Fn. 25) S. 156, entliehen.

28 Vgl. *Jean Kerby*, La traduction juridique, un cas d'espèce, in: *Jean Claude Gémard* (Hg.), *Langage du droit et traduction* (The language of the law and translation), *Essais de jurilinguistique* (Essays on Jurilinguistics), Montreal 1982, S. 3 ff., insbesondere S. 5.

29 Siehe auch *S.A. Adelo*, Legal translators and translations, in: *Case and Comment* 70, Nr. 6, Rochester/N.Y. 1965.

30 *Martin Weston*, The role of translation at the European Court of Human Rights, in: *Franz Matscher/Herbert Petzold* (Hg.), *Protecting Human Rights: The European Dimension*, *Studies in honour of Gérard J. Wiarda*, Köln 1988, S. 686.

procedures and the English vocabulary associated with them; and (b) technical, literary, highly idiomatic or simply uncommon expressions in English.”

Das von *Weston* erwähnte Problem kann nicht dadurch gelöst werden, daß bestimmte, wahrscheinlich weniger bekannte, jedoch Begriffe mit äquivalenter Bedeutung nicht als Übersetzung verwendet werden, sondern daß man die betreffenden Begriffe auf irgendeine Art und Weise näher erläutert<sup>31</sup>. Ferner ist zu berücksichtigen, daß *Weston* über die Verwendung des Englischen in den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte schreibt. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß in diesen Entscheidungen die nationale Rechtsterminologie Englands verwendet wird. Die in den Entscheidungen dieses Gerichtshofs verwendeten Begriffe sind gewissermaßen Teil einer eigenen Rechtsordnung mit einer eigenen Terminologie<sup>32</sup>.

Manchmal wird behauptet, daß juristische Texte für einen Übersetzer nur Schwierigkeiten bereiten, wenn sie sich auf das innerstaatliche Recht eines Staates beziehen<sup>33</sup>, denn dann muß von der einen nationalen Rechtsterminologie in eine andere übersetzt werden. Es wird daraus geschlossen, daß das Übersetzen anderer Texte, wie internationale Abkommen und Texte über supranationales Recht, relativ einfach ist. Es ist zweifelsohne richtig, daß das Übersetzen solcher Texte leichter ist als die Übersetzung von Texten, die sich auf innerstaatliches Recht beziehen. Es geht jedoch zu weit, sie als einfach zu bezeichnen. Die Terminologie solcher Dokumente wird häufig durch die Bedeutung, die bestimmte Begriffe im innerstaatlichen Recht haben, beeinflusst. Gerade bezüglich internationaler Abkommen sind wiederholt Schwierigkeiten wegen der Anwendung der im innerstaatlichen Recht bereits „vorgefärbten“ Begriffe entstanden<sup>34</sup>.

#### IV. Ausgangspunkte beim Übersetzen juristischer Informationen

##### 1. Allgemeines

Nachdem ein Übersetzer - soweit es erforderlich ist - sich für eine Zielrechtsordnung entschieden hat, kann er mit dem Übersetzen beginnen. Er muß die Bedeutung der zu übersetzenden Begriffe in der Ausgangsrechtsordnung untersuchen und danach in der Zielrechtsordnung einen Begriff mit derselben Bedeutung suchen. Der Übersetzer juristischer

---

31 Vgl. *P.P.C. Haanappel/E. Mackaay*, New netherlands civil code, Patrimonial law/Nouveau code civil néerlandais, Le droit patrimonial/Nieuw Nederlands Burgerlijk Wetboek, Het vermogensrecht, Deventer 1990, Anmerkung bei Art. 6:162, wo die Wahl des Begriffes *unlawful act* als Übersetzung für *onrechtmatige daad* ausführlich begründet wird.

32 Vgl. die Bemerkungen über die Terminologie der Gesetzgebung der Europäischen Union im Abschnitt IV.4.e).

33 *Raymond Van den Broeck/André Lefevere*, Uitmodiging tot een vertaalwetenschap, Muiderberg 1979, S. 68 f.

34 Vgl. *G.P. van den Berg*, De overeenkomst tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de USSR inzake de handelsscheepvaart 1969, Anlage bei *Schip en Schade* 1973, Nr. 1. Siehe auch *Gutteridge* (Fn. 3) S. 120. Vgl. ferner die interessanten Betrachtungen von *Borras Rodríguez* (Fn. 8) über die Erforderlichkeit einer Koordination der spanischen Übersetzungen der Haager IPR-Verträge.

Terminologie muß sich nolens volens mit Rechtsvergleichung beschäftigen. Dabei wird er z.B. feststellen müssen, ob es angebracht ist, den niederländischen Begriff *moord* in deutscher Sprache mit *Mord* wiederzugeben oder *doodslag* mit *Totschlag*<sup>35</sup>. Er darf sich dabei nicht von der etymologischen Verwandtschaft von Wörtern irreführen lassen, sondern muß den Inhalt der betreffenden Begriffe im Kontext der Ausgangsrechtsordnung bzw. Zielrechtsordnung genauestens überprüfen.

## 2. Das Suchen nach Äquivalenten

Mittels Rechtsvergleichung muß der Übersetzer juristischer Terminologie für einen Begriff aus der Ausgangsrechtsordnung ein Äquivalent in der Zielrechtsordnung finden. Das ist einfacher gesagt als getan. Wann darf man nämlich folgern, daß ein Begriff aus der Ausgangsrechtsordnung mit einem bestimmten Begriff aus der Zielrechtsordnung übereinstimmt bzw. äquivalent ist? Wegen der Systemgebundenheit juristischer Begriffe ist eine völlige Äquivalenz logischerweise nur dann möglich, wenn sich die Ausgangssprache und die Zielsprache auf dasselbe Rechtssystem beziehen<sup>36</sup>. Dies ist im Prinzip nur der Fall, wenn innerhalb eines zwei- oder mehrsprachigen Rechtssystems übersetzt wird (wie z.B. in Belgien<sup>37</sup>, Finnland<sup>38</sup>, der Schweiz und - in gewisser Weise - in Kanada<sup>39</sup>).

- 
- 35 Siehe für eine Ausarbeitung dieser Beispiele *Gerard-René de Groot/M. Tragter-Schubert*, Buchbesprechung von: *Hans Langendorf*, Wörterbuch der deutschen und niederländischen Rechtssprache, München 1976, *Rechtsgeleerd Magazijn Themis* 1978, S. 480; *Walter Pintens*, Rechtsvergelijking en taal, *Ars Aequi* 1994, S. 290 ff.
  - 36 *Sandrini* (Fn. 12) S. 109 f., faßt diesen Grundsatz folgendermaßen in Worte: „Grundsätzlich muß daher im Recht davon ausgegangen werden, daß Äquivalenz von Begriffen nicht gegeben ist.“ Vgl. auch seine Darlegung auf S. 111 f.
  - 37 *Bernhard Bergmans*, Prolegomena voor een Duitse rechtsterminologie naar het Belgische recht, *Rechtskundig Weekblad* 1987/1988, S. 491 ff.; *G. van Dievoet*, Vertalen binnen een tweetalig rechtssysteem (België), in: *Gerard-René de Groot/Jeppe Balkema* (Hg.), *Recht en vertalen*, Deventer 1987, S. 91 ff.; *Jacques H. Herbots*, La traduction juridique en Belgique, Bericht für den XIIe Congrès international de droit comparé (Sydney, Melbourne 1986), *Les Cahiers de Droit* 1987, S. 813 ff.; *Bastiaan D. van der Velden*, Het Duits als rechtstaal in België, Maastricht 1995 (nicht veröffentlichte Magisterarbeit).
  - 38 *Leena Letho*, Methodological aspects of legal translation, in: *Jorma Tommola/Keith Battarbee* (Hg.), *Papers of the conference of departments of English in Finland*, Turlin 1985, S. 147 ff.; *dies.*, The need for standardisation of concept equivalents in the field of law, in: *Paul Nekeman* (Hg.), *Translation, our future/La traduction, notre avenir*, Proceedings of the XIth World Congress of FIT, Maastricht 1988, S. 431 ff.; *Wolfgang Mincke*, Vertalen binnen een tweetalig rechtssysteem (Finland), in: *de Groot/Balkema* (Fn. 37) S. 103 ff.
  - 39 *M. Bastarache/D.G. Reed*, La nécessité d'un vocabulaire français pour la common law, in: *Gémar* (Fn. 28) S. 207 ff.; *Remi Michael Beaupré*, *Interprétation de la législation bilingue*, Montreal 1986; *ders.*, Problems of juridical translations in legal science, General report for the 12th International Congress of Comparative Law, *Les Cahiers de Droit* 1987, S. 735 ff.; *Alexandre Covacs*, La réalisation de la version française de lois fédérales du Canada, in: *Gémar* (Fn. 28) S. 83 ff.; *Emmanuel Didier*, La common law en français: Etude juridique et linguistique de la common law en français au Canada, *Revue internationale de droit comparé* 1991, S. 7 ff.; *Andrée Duchesne*, La common law en français: démarche terminologique et normalisation, in: *Paul Pupier/José Woehrting* (Hg.), *Langue et droit*, Actes du premier congrès de l'Institut International de Droit Linguistique Comparé, 27-29 avril 1988, Université du Québec à Montréal/Language and law, Proceedings of the first conference of the International Institute of Comparative Linguistic Law,

Wenn sich die Ausgangssprache und die Zielsprache auf unterschiedliche Rechtssysteme beziehen, gibt es nur selten eine völlige Äquivalenz. Wenn wir die unterschiedliche Einbettung eines Begriffs in einem Rechtssystem kurz außer Betracht lassen, liegt eine solche nahezu völlige Äquivalenz vor, wenn

- a) von einer teilweisen Vereinheitlichung der für die Übersetzung relevanten Rechtsgebiete der einschlägigen Ausgangs- und Zielrechtsordnung die Rede sein kann;
- b) in der Vergangenheit ein Konzept aus der einen Rechtsordnung durch die andere übernommen wurde und dort noch, unverändert und von dem übrigen Rechtssystem kaum beeinflusst, gilt. Ein Beispiel ist der Begriff *rompbevrachter* des Art. 8:990 BW, der aus dem Englischen übernommen wurde (*bareboat charterer*). Eine Vielzahl von Beispielen läßt sich in Rechtssystemen finden, die das Recht eines anderen Rechtssystems rezipiert haben. Im Bereich des Privatrechts könnte man an Indonesien und die Niederlande, die Türkei und die Schweiz, Japan und Deutschland sowie Taiwan und Deutschland denken.

Sobald die Ausgangssprache und die Zielsprache sich auf unterschiedliche Rechtssysteme beziehen, scheint (nahezu) völlige Äquivalenz jedoch problematisch zu sein<sup>40</sup>. Trotzdem werden bestimmte sich auf unterschiedliche Rechtssysteme beziehende Begriffe in der (Übersetzungs-)Praxis gewöhnlich allgemein als Äquivalenten betrachtet. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein klassisches Beispiel des Amsterdamer Rechtsvergleichers *Isaac Kisch* verweisen, der sich fragte, ob die Begriffe *mariage*, *marriage*, *Ehe* und *huwelijk* überhaupt äquivalent sind, wo die Ehescheidungsgründe und auch eine große Anzahl von anderen Normen bezüglich der Ehe in Frankreich, Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden Unterschiede aufweisen<sup>41</sup>. Das Beispiel von *Kisch* kann sogar durch die Frage, ob der Begriff *huwelijk* in Belgien und in den Niederlanden die gleiche Bedeutung hat, noch zugespitzt werden, wo wir doch feststellen können, daß sich das Personen- und Familienrecht in beiden Staaten unterscheidet. Die juristische Einbettung des Begriffs im Rechtssystem ist deshalb unterschiedlich. *Kisch* meint jedoch, man würde sich des übertriebenen Perfektionismus schuldig machen, wenn man folgern würde, daß *huwelijk* nicht mit *mariage*, *marriage* oder *Ehe* übersetzt werden könnte. Die Einbettung der erwähnten Begriffe sei zwar verschieden, „quant à la substance“ (im Grunde) seien sie jedoch gleich, so *Kisch*. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für die Bedeutung der *huwelijk* nach belgischem und niederländischem Recht. Trotzdem sollte man sich der Tatsache bewußt sein,

---

Montreal 1989, S. 591 ff.; *Jean Claude G  mar*, Fonctions de la traduction juridique en milieu bilingue et langage du droit au Canada, in: *ders.* (Fn. 28) S. 121 ff.; *Lauzi  re* (Fn. 10) S. 109 ff.; *Edward McWhinney*, The „Language“ problem in Quebec, (1981) *American Journal of Comparative Law*, S. 413 ff.; *D.G. Reed*, Probl  mes de la traduction juridique au Québec, in: *Meta* 1979, S. 95 ff. Vgl. auch *Sandrinti* (Fn. 12) S. 114, Fn. 353.

40 Vgl. *Hans Schwarz*, Legal and administrative language, *Babel* 1978, S. 19 f.: „The difficulties arising in this context are mainly due to the differences which exist between individual legal and administrative systems all over the world“.

41 Siehe *Isaac Kisch*, Droit comparé et terminologie juridique, in: *Mario Rotondi*, Inchieste di diritto comparato, Padua, New York 1973, S. 407 ff., ebenfalls abgedruckt in: *G. Fritschy* (Hg.), Vertalen vertolkt, Verhalen over vertalen, Nederlands genootschap van vertalers, Amsterdam 1976, S. 124 ff.

daß eine unterschiedliche Einbettung der Begriffe immer möglich ist. Der Kontext, in dem ein bestimmter Begriff verwendet wird, kann sogar derartig unterschiedlich sein, daß (eine manchmal sogar intralinguistische) Unübersetzbarkeit auftritt. In bezug auf den Begriff *huwelijk* kann diese These anhand der aktuellen Diskussion in den Niederlanden über die Folgen der eventuellen Öffnung der Institution der Ehe für Homosexuelle (*homohuwelijk*) erläutert werden. Würde die Möglichkeit der Homosexuellen-Ehe das Wesen des Begriffs *huwelijk* im niederländischen Recht derartig verändern, daß die niederländische *huwelijk* nicht mehr vergleichbar z.B. mit der *huwelijk* nach belgischem Recht ist? Ich persönlich bin der Meinung, daß diese Frage verneint werden kann: Mit der Einführung der Möglichkeit der Homosexuellen-Ehe behält m.E. die Institution *huwelijk* den gleichen Charakter. Diese Auffassung kann ich auch mit stichhaltigen Argumenten stützen; hier ist aber nicht der richtige Ort dafür. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß es Juristen gibt, die offensichtlich anderer Ansicht sind. Wie verlautet, hat ein Kollege einer anderen niederländischen juristischen Fakultät neulich in einer Pressekonferenz betont, daß er die Absicht hat, sich scheiden zu lassen, wenn in den Niederlanden die Homosexuellen-Ehe eingeführt wird, um danach seine geschiedene Frau in Deutschland wiederzuheiraten. Was auch an dieser Absicht wahr sein mag, es wird daraus klar, daß seiner Meinung nach durch Ermöglichung der Ehe für Homosexuelle *huwelijk* und *Ehe* zu derartig unterschiedlichen Begriffen werden, daß der eine Begriff nicht mehr als Übersetzung des anderen dienen kann.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß die Möglichkeit der Übersetzung *huwelijk*, *Ehe* etc. auch durch die Tatsache bestätigt wird, daß ein international-privatrechtliches Abkommen über die Anerkennung von Entscheidungen über die Ehe existiert<sup>42</sup>. Auch nach der eventuellen Einführung der Möglichkeit einer Ehe für Homosexuelle in den Niederlanden wäre es undenkbar, daß außerhalb der Niederlande die Anerkennung jeder nach niederländischem Recht geschlossenen Ehe mit einer Berufung auf die öffentliche Ordnung verweigert werden könnte<sup>43</sup>.

*Kisch* folgert also, daß ein Begriff übersetzbar ist, wenn er im Grunde („quant à la substance“) mit einem Begriff in der Zielrechtssprache übereinstimmt. Aber wann ist dies der Fall? „C'est une question d'ordre pragmatique“, schreibt er darüber. Diese Antwort bringt uns jedoch noch nicht sehr viel weiter. Welches Ziel soll man denn bei einer derartigen pragmatischen Entscheidung im Auge behalten?

Von größter Bedeutung ist m.E. der Kontext und das Ziel der Übersetzung; diese bestimmen, ob bestimmte Unterschiede zwischen dem Begriff aus der Ausgangssprache und dem möglichen Begriff in der Zielsprache derartig relevant<sup>44</sup> sind, daß der mögliche Begriff in der Zielsprache nicht als Übersetzung des Begriffs aus der Ausgangssprache verwendet werden kann. Es ist möglich, daß bestimmte Begriffe in einem bestimmten Kontext akzeptable Äquivalente bilden, in einem anderen Kontext jedoch nicht<sup>45</sup>. Es ist auch wichtig

---

42 Den Haag, 14. März 1978, Tractatenblad 1987, S. 137.

43 Vgl. Art. 14 des Haager Ehevertrags.

44 *Barbara Z. Kielar*, Translating statutory texts: in search of meaning and relevance, bisher unveröffentlichtes Manuskript.

45 *Sandrini* (Fn. 12) S. 16, sieht offenbar einen Gegensatz zwischen den rechtsvergleichenden Tätigkeiten des Übersetzers im Hinblick auf die Feststellung der Äquivalenz von Begriffen aus der

zu wissen, ob eine Übersetzung dafür bestimmt ist, Personen, die eine bestimmte Sprache nicht beherrschen, die Möglichkeit zu bieten, einen oberflächlichen Eindruck vom Inhalt des Textes zu bekommen, oder ob eine Übersetzung einen authentischen Status erhalten soll<sup>46</sup>. Im letzteren Fall ist es von Bedeutung, daß die Begriffe des Zieltextes keine engere oder weitere Bedeutung als die des Ausgangstextes haben. Wir können in diesem Zusammenhang bereits feststellen, daß die Schlußfolgerung, daß Begriffe akzeptable Äquivalente sind, sehr relativ ist. Es hängt von den erwähnten Punkten ab, ob eine akzeptable Äquivalenz vorhanden ist oder nicht. Es handelt sich deshalb um eine Entscheidung, die ein Übersetzer immer wieder ad hoc treffen muß.

Zur Illustration folgt ein einfaches Beispiel. Wie soll der niederländische Begriff *rechter-plaatsvervanger* ins Deutsche, Englische oder Französische übersetzt werden? Wenn dieser Begriff im Text eines Urteils hinter dem Namen einer der Richter steht, die das Urteil verkündet haben, ist es durchaus akzeptabel, *rechter-plaatsvervanger* mit *Richter* bzw. *judge* und *juge* zu übersetzen. Das Element *plaatsvervanger* spielt in diesem Kontext keine Rolle. Wenn man versucht, dieses Element doch im Zieltext zum Ausdruck zu bringen, könnten sich überflüssige Fragen ergeben, wenn die Übersetzung - wie es praktisch immer der Fall ist - im Hinblick auf den Inhalt des Urteils erfolgt. Ganz anders ist dies aber, wenn z.B. mein Lebenslauf übersetzt werden muß und darin steht, daß ich 1983 zum *rechter-plaatsvervanger* an der arrondissementsrechtbank in Maastricht ernannt wurde. Dann liegt eine Übersetzung mit *Richter im Nebenamt* bzw. *deputy judge* und *juge suppléant* nahe<sup>47</sup>. Ein anderes Beispiel von „Informationen“ aus dem Ausgangstext, bei denen es m.E. nicht notwendig ist, sie in der Terminologie der Zielrechtsordnung wiederzugeben, bildet der Unterschied zwischen dem deutschen *Richter am Landgericht* und dem *Richter beim Landgericht*. Der erste ist an einem bestimmten Landgericht auf Lebenszeit ernannt, der zweite (noch) nicht. Außer in einem Lebenslauf ist diese für den eingeweihten Übersetzer ohne weiteres erkennbare Information für den Leser des Zieltextes irrelevant.

Außer einer derartigen durch Kontext und Ziel der Übersetzung verursachten Relativität können auch unterschiedliche Arten von Teiläquivalenz vorliegen. So kann in einem Rechtssystem ein Unterschied gemacht werden<sup>48</sup>, der in dem anderen Rechtssystem unbekannt ist. Das niederländische Rechtssystem z.B. bezeichnet die Richter auf der Ebene des kantongerecht und der arrondissementsrechtbank als *rechter*, während ein Richter eines

---

Ausgangs- und Zielrechtsordnung und der Wahl von Übersetzungsstrategien, die von Fall zu Fall aus der Perspektive der Funktion der Übersetzung zu erfolgen hat. Ich bin gleichwohl der Meinung, daß die Funktion der Übersetzung Einfluß auf die Schlußfolgerung hat, die man hinsichtlich der Äquivalenz zieht.

46 Vgl. *Stefanos Vlachopoulos*, Einige Gedanken zur Didaktisierung von Vertragstexten, demnächst in: Terminologie et Traduction, der drei unterschiedliche Übersetzungen ein und desselben juristischen Ausgangstextes in der Terminologie eines Zielsprachenrechtssystems darstellt. Die Zielsetzungen (skopoi) der Übersetzungen sind jedesmal anders.

47 Ich folge hier den Übersetzungsvorschlägen der Pinyinkommission; darüber mehr im Abschnitt IV.5.c).

48 Ferner können sich Begriffe überschneiden, oder eine Begriffsdefinition kann die andere einschließen. *Sandrine* (Fn. 12) S. 109, spricht dann von „Überschneidung“ bzw. „Inklusion“.

Gerechthof oder des Hoge Raad mit *raadsheer* bezeichnet wird. In Deutschland spricht man in all diesen Fällen von *Richtern*<sup>49</sup>.

Ein ähnliches Problem stellt sich, wenn man den niederländischen Begriff *rechter* ins Spanische übersetzen muß<sup>50</sup>. In Spanien unterscheidet man Gerichte mit Einzelrichtern (*Juzgados*) und Gerichte, an denen die Richter als Kollegium entscheiden (*Tribunales*). Die Richter der *Juzgados* werden *jueces* genannt, die der *Tribunales* *magistrados*. Der niederländische Begriff *rechter* muß deshalb manchmal mit *juez* und manchmal mit *magistrado* übersetzt werden.

Entsprechendes gilt, wenn man den deutschen Begriff *Richter* ins Spanische zu übersetzen hat.

In der Literatur wird regelmäßig behauptet, daß der Begriff aus der Ausgangssprache mittels eines „funktionalen“ Äquivalents in der Zielsprache wiedergegeben werden muß. So behauptet z.B. *Weston*<sup>51</sup>:

„The first method is that of functional equivalence: using a term or expression in the target language (TL) which embodies the nearest situationally equivalent concept”<sup>52</sup>.

Ich bezweifle aber sehr, ob diese Behauptung zutrifft. Wenn man einen Begriff aus einer Zielrechtsordnung als Äquivalent für einen Begriff aus der Ausgangsrechtsordnung auswählen will, muß nicht nur eine funktionale Äquivalenz, sondern auch eine ähnliche systematisch-strukturelle Einbettung vorhanden sein. So werden einige Fälle, die nach niederländischem Recht mittels des Instituts der *dwaling* (Irrtum, Art. 6:228 BW) gelöst werden, nach deutschem Recht mittels der auf „Treu und Glauben“ (§ 242 BGB) basierenden Theorie des Wegfalls der Geschäftsgrundlage gelöst<sup>53</sup>. In keinem Kontext jedoch würde ich *dwaling* mit *Wegfall der Geschäftsgrundlage* übersetzen; die systematisch-strukturelle Einbettung beider Lehren ist dafür zu unterschiedlich<sup>54</sup>.

- 
- 49 Z.B. *Richter am Oberlandesgericht*. Der alte Begriff *Oberlandesgerichtsrat* wird nicht mehr verwendet. In der Pinyinliste steht als Übersetzung *Richter beim Oberlandesgericht*. Ein deutscher Jurist könnte dann vielleicht denken, daß der Richter sich noch in seiner Probezeit befindet. Besser ist deshalb, *am* anstatt *beim* zu schreiben.
- 50 Dieses Beispiel entleihe ich *Patricia Vanden Bulcke*, De gerechtelijke structuur in Spanje: aanzet tot een globale vergelijking met de Belgische structuur, met een randbemerking over de vertaalproblematiek rond de benamingen van gerechtelijke instanties, *Linguistica Antverpiensia* 1992, S. 142. Siehe ferner ausführlich *M.C. Oosterveld-Egas Reparaz/J.B. Puyk Bosdriesz* (Hg.), *Juridisch Woordenboek Nederlands-Spaans/Diccionario Neerlandés-Español*, Antwerpen, Den Haag 1990, S. 177, unter dem Stichwort „rechter“.
- 51 *Weston* (Fn. 30) S. 683; *ders.*, Theoretical and practical approaches to translation, in: *An English Reader's Guide to the French Legal System*, New York, Oxford 1990, S. 21.
- 52 Vgl. auch *L.P. Pigeon*, La traduction juridique: l'équivalence fonctionnelle, in: *Gémar* (Fn. 28) S. 271 ff.; *Susan Sarcevic*, Bilingual and multilingual legal dictionaries: new standards for the future, *Revue générale de droit* 1988, S. 970 ff., auch veröffentlicht in: *Meta* 1991, S. 615 ff.
- 53 Siehe z.B. *Palandt*, Bürgerliches Gesetzbuch, 57. Aufl., München 1998, Anmerkung 30 zu § 119 und Anmerkung 149 zu § 242.
- 54 Im übrigen sei betont, daß auch *Sarcevic* (Fn. 52) S. 617, einsieht, daß ein funktionales Äquivalent nicht immer als Übersetzung geeignet ist: „The difference between these two systems are

Vanden Bulcke<sup>55</sup> weist darauf hin, daß es manchmal sinnvoll sein kann, sogar in Fällen, in denen in der Zielrechtsordnung ein funktional-strukturelles Äquivalent des zu übersetzenden Begriffs aus der Ausgangsrechtsordnung vorhanden ist, zusätzlich den ursprünglichen Begriff wiederzugeben. Sie betont, daß dies um so mehr gilt, wenn bei Fehlen eines Äquivalents auf eine Umschreibung oder einen Neologismus ausgewichen wird. Vanden Bulcke behauptet dies insbesondere in bezug auf die Bezeichnungen richterlicher Instanzen. Ihre Darlegung gilt m.E. ebenso für Organe, die im Gesetzgebungsverfahren eine Rolle spielen - in den Niederlanden unter anderem *kabinet* (Kabinett), *Raad van State* (Staatsrat), *Tweede Kamer* (Volksvertretung/Zweite Kammer), *Eerste Kamer* (Erste Kammer/Senat) - und die Bezeichnungen von Ministerien. Es ist für praktisch jeden Adressaten des Zieltextes von Bedeutung, auch herausfinden zu können, welche Instanz genau in der ursprünglichen Sprache gemeint ist, auch wenn er nur über die Auslandsauskunft die Telefonnummer der einschlägigen Instanz zum Einholen (zusätzlicher) Auskünfte herausfinden möchte.

Im Vorhergehenden stellte sich bereits heraus, daß die Feststellung, daß ein bestimmter Begriff aus der Zielrechtsordnung das Äquivalent eines Begriffs aus der Ausgangsrechtsordnung bildet, in mehreren Hinsichten relativ ist. Zunächst ist eine vollkommene Äquivalenz grundsätzlich nur denkbar, wenn die Ausgangssprache und die Zielsprache sich auf dasselbe Rechtssystem beziehen. Es ist jedoch manchmal sinnvoll, auch von Äquivalenz auszugehen, wenn diese Voraussetzung nicht erfüllt ist. Auch die Feststellung, daß ein Begriff aus der Zielrechtsordnung ein sehr akzeptables Äquivalent eines Begriffs aus der Ausgangsrechtsordnung bildet, ist jedoch in mehreren Hinsichten relativ, wie sich aus den vorhergehenden Betrachtungen zeigt.

Eine solche Feststellung ist erstens kontextbedingt. Ob Äquivalenz festgestellt werden kann, hängt weiter unter anderem vom Ziel der Übersetzung ab.

Die Feststellung hängt zusätzlich vom Rechtssystem ab. Die betreffende Feststellung gilt nur für die einschlägigen Ausgangs- und Zielrechtsordnungen. Wenn die Sprachen dieser Rechtssysteme auch in anderen Rechtssystemen als Rechtssprache verwendet werden, gilt die festgestellte Äquivalenz des Begriffs aus der Ausgangssprache mit dem Begriff aus der Zielsprache nicht unbedingt für das Verhältnis zwischen den anderen Ausgangs- und Zielrechtsordnungen.

Die Relativität der Äquivalenz kann auch durch unterschiedliche Arten von Teiläquivalenz verursacht werden. Eine festgestellte Teiläquivalenz ist irreversibel. Anschließend an die oben erwähnten Beispiele ist zwar ein spanischer *juez* im Niederländischen mit *rechter* zu übersetzen, aber dies bedeutet nicht, daß jeder niederländische *rechter* im Spanischen mit *juez* übersetzt werden kann. Für einen Großteil der *rechters* wird vielmehr eine Übersetzung mit *magistrado* angebracht sein.

---

sometimes so great that a functional equivalent may be similar to the source concept only as far as its general function or usage is concerned, whereas the legal concept it denotes in the restricted sense is different." Siehe auch Sarcevic (Fn. 25) S. 156 f., wo sie zu einer „Zurückhaltung bei der Verwendung von funktionalen Entsprechungen“ aufruft. Vgl. auch Jean Claude Gémard, La traduction juridique: art ou technique d'interprétation, Revue générale de droit 1988, S. 495 ff., auch veröffentlicht in: Meta 1991, S. 305 ff.

55 Vanden Bulcke (Fn. 50) S. 165.



Im großen und ganzen kann man schließen, daß es nicht einfach ist, letztendlich festzustellen, daß ein bestimmter Begriff aus der Ausgangsrechtsordnung als Äquivalent eines zu übersetzenden Begriffs aus einem anderen Rechtssystem betrachtet werden kann. Wie schwierig es ist, die Relevanz von bestimmten Details der Terminologie der Ausgangssprache aus der Perspektive der Äquivalenzproblematik einzuschätzen, zeigt sich in einer weniger korrekten Wiedergabe eines Satzes der niederländischen „Rijkswet op het Nederlanderschap“ (Reichsgesetz über die niederländische Staatsangehörigkeit), die ich in der - übrigens ausgezeichneten - französischen Übersetzung von *Hans van Loon*<sup>56</sup> fand. In einigen Artikeln der betreffenden Rijkswet steht im Niederländischen, daß die niederländische Staatsangehörigkeit erworben werden kann, „door het afleggen van een daartoe strekkende verklaring“ (indem man eine darauf gezielte Erklärung abgibt). In der Übersetzung von *van Loon* steht „en souscrivant une déclaration à cet effet“. *Van Loon* läßt im Französischen die Erklärung also „unterschreiben“. In Frankreich muß eine Optionserklärung tatsächlich unterschrieben werden. Aber ist dies in den Niederlanden auch der Fall? Das ist hier die Kernfrage. Ich kann mir gut vorstellen, daß *van Loon* sich dies als Übersetzer gefragt und vielleicht das niederländische Justizministerium mit der Frage angerufen hat, wie die Abgabe einer solchen Optionserklärung in der Praxis eigentlich erfolgt. Die für die Praxis richtige Antwort hat dann zweifellos folgendermaßen gelautet: „Indem man eine darauf gezielte Erklärung unterschreibt, und zwar in der Regel indem man ein Optionsformular unterschreibt.“ Es scheint also alles in Ordnung zu sein. Aber was ist nun nach niederländischem Recht der Fall, wenn zwar eine Optionserklärung mündlich abgegeben, dies jedoch nicht in einem unterschriebenen Dokument bestätigt ist? Schon seit 1985 steht fest, daß eine derartige Optionserklärung gültig ist, da die vom Justizministerium in jenem Jahr veröffentlichte „Handleiding“ (Instruktion) über die Anwendung der Rijkswet op het Nederlanderschap betonte, daß das Ablegen einer Optionserklärung nach niederländischem Recht formfrei ist<sup>57</sup>. Einige niederländische Gemeinden hielten sich zwar nicht daran, aber sie hatten vor den Gerichten keinen Erfolg. Seit der Entscheidung des Hoge Raad (höchster niederländischer Gerichtshof) vom 28. September 1990<sup>58</sup> steht endgültig außer Frage, daß die Abgabe einer Optionserklärung mit allen Beweismitteln nachgewiesen werden kann und also tatsächlich formfrei ist. Die Übersetzung „souscrivant“ ist deshalb nicht völlig korrekt.

Es fragt sich, ob diese letzte Schlußfolgerung „nicht korrekt“ nicht zu voreilig war, und man sich noch fragen sollte, inwiefern diese Informationen für die voraussichtliche Zielgruppe der Übersetzung relevant sind. Dies ist ein interessanter Aspekt. Wenn ein Gesetzestext übersetzt wird, ist die potentielle Zielgruppe außergewöhnlich breit und divers. Natürlich werden sich innerhalb dieser Zielgruppe (Anwälte von) Personen befinden, die sich fragen, wie man durch das Ablegen einer Optionserklärung die niederländische Staatsangehörigkeit erwerben kann. Für diese Personen ist die Übersetzung „en souscrivant“ nicht problematisch. Es kann jedoch auch sein, daß die Übersetzung von (Rechtsberatern von) Personen zu Rate gezogen wird, die an Schaltern abgewimmelt wurden und

56 Veröffentlicht in der *Revue critique de droit international privé* 1986, S. 182 ff.

57 Siehe *Gerard-René de Groot*, *Nationaliteitswetgeving*, Serie Schuurman/Jordens, Nr. 209, S. 76 ff.

58 *Nederlandse Jurisprudentie* 1991, S. 293 (mit Anmerkung von *Gerard-René de Groot*).

sich fragen, ob ihr manifestierter Wille, ein Niederländer zu werden, eine Rechtsfolge ausgelöst hat. Gerade für diese Personen ist eine perfekte Übersetzung dieses Details von größter Bedeutung.

### 3. Ersatzlösungen

Wenn kein akzeptables Äquivalent in der Zielrechtsordnung gefunden werden kann, muß nach einer Ersatzlösung<sup>59</sup> gesucht werden. Im wesentlichen kann man drei Ersatzlösungen unterscheiden:

- a) Man übersetzt nicht und benutzt in der Zielsprache den ursprünglichen oder den transkribierten Begriff aus der Ausgangssprache<sup>60</sup>. Eventuell kann der Begriff in Klammern oder in einer Fußnote mittels einer „wörtlichen Übersetzung“ oder einer Anmerkung wie „vgl. ...“ erläutert werden.
- b) Man umschreibt den Begriff aus der Ausgangssprache in der Zielsprache.
- c) Man entscheidet sich für einen Neologismus, d.h. man benutzt in der Zielsprache einen Begriff, der nicht zu der Terminologie der Zielrechtsordnung gehört, eventuell in Kombination mit einer Erläuterung in einer Fußnote.

Bezüglich dieser Ersatzlösungen möchte ich folgende Anmerkungen machen:

#### a) Das Erhalten des ursprünglichen Begriffs

Ich habe keine große Sympathie für die Entscheidung, einen Begriff nicht zu übersetzen. Das wichtigste Ziel einer Übersetzung ist es, den Ausgangstext für Personen, die die Sprache des Ausgangstextes nicht gut beherrschen, zugänglich(er) zu machen. Dieses Ziel wird vernachlässigt, wenn man Begriffe nicht übersetzt. *Weston*<sup>61</sup> schreibt diesbezüglich treffend:

„This is, then, a *pis aller* - it openly admits defeat.”

Und er behauptet anschließend:

„indeed, it is not strictly translation at all, unless undertaken as a deliberate exercise in naturalisation, i.e. with the conscious aim of introducing the relevant term into the TL [target language].”

---

59 *Sarcevic* (Fn. 25) S. 156, spricht von „Ersatzentsprechungen“. Vgl. bezüglich der diversen Ersatzlösungen auch *Louise Rayar*, *Het vertalen van het Wetboek van Strafrecht; aanzet tot een methodologie*, in: *de Groot* (Fn. 11) S. 63 ff., insbesondere S. 78 ff.

60 *Sarcevic* (Fn. 52) S. 970, spricht in diesem Fall von „borrowing“; *dies.* (Fn. 25): „Lexem-entlehnung“. So auch *Patricia Vanden Bulcke*, *Aspecten van de juridische vertaalproblematiek: Verantwoord „vertalen“ bij gebrek aan equivalente begrippen. Enkele voorbeelden Spaans/Nederlands*, *Linguistica Antverpiensia* 1993, S. 226; *Weston* (Fn. 30) S. 685; *ders.* (Fn. 51) S. 19.

61 *Weston* (Fn. 30) S. 685.

Im letzten Fall meint *Weston* einen Neologismus<sup>62</sup>.

Wenn man im Zieltext viele unübersetzte Begriffe aus dem Ausgangstext verwendet, droht außerdem die Gefahr, daß die Übersetzung eine Kette fremdsprachiger Begriffe bildet, die durch Präpositionen, Adverbien und Verben aus der Zielsprache aneinandergereiht werden. Wenn der Leser wenig oder keine Affinität zu der Wortstruktur der Zielsprache hat, wird er mit einer für ihn unverständlichen Kombination von Buchstaben konfrontiert, die schwer auszusprechen oder zu behalten ist. Daraus kann man folgern, daß die Verwendung eines unübersetzten Begriffs aus der Ausgangssprache in der Zielsprache vor allem vermieden werden muß, wenn wenig oder keine etymologische Verwandtschaft zwischen beiden Sprachen besteht. Denn Ziel einer Übersetzung ist das Übertragen von Begriffen, und jenes Ziel wird bei der Erhaltung des ursprünglichen Begriffs nicht erreicht, es sei denn, der Übersetzer weiß, daß der Begriff aus der Ausgangssprache für den Leser einigermaßen transparent ist<sup>63</sup>. Man sollte aber in bezug auf eine Transparenz nicht allzu optimistisch sein. So bin ich z.B. anderer Meinung als *Vanden Bulcke*<sup>64</sup>, die behauptet, daß das Adjektiv *rústica* in der spanischen Sprache in *finca rústica* für einen Niederländischsprachigen verständlich ist. Ich verneine dies, und dies wird wohl auch die Reaktion der meisten deutschsprachigen Leser dieses spanischen Begriffs sein.

Die Verwendung des ursprünglichen Begriffs in dem Zieltext bringt zusätzliche Probleme mit sich, wenn die Ausgangssprache ein anderes Alphabet benutzt oder sogar auf Piktogrammen basierende Schriftzeichen verwendet. Für den normalen Leser des Zieltextes ist dann die Erhaltung des ursprünglichen Begriffs aus der Ausgangssprache in den fremden Schriftzeichen unverständlich. In einem solchen Fall wird zumindest eine Transkription notwendig sein, obwohl auch eine derartige Transkription dem Leser des Zieltextes ohne eine Erläuterung gar keine oder kaum Informationen liefert. Für welchen Leser dieses Aufsatzes sind arabische Begriffe wie *usul*, *fiqh* und *sharia* oder chinesische Begriffe sogar in transkribierter Form verständlich? Und diejenigen Personen, die imstande sind, etwas über die Bedeutung dieser Begriffe zu sagen, werden sich wahrscheinlich häufig kritisch über die Art und Weise der eben gegebenen Transkription zeigen. Denn für die arabische und die chinesische Sprache gibt es unterschiedliche Arten der Transkription. Entsprechendes gilt für andere Arten von Schriftzeichen. Es liegt jedoch nahe, - sofern möglich - die Transkriptionsrichtlinien des Genfer Norminstituts<sup>65</sup> zu verwenden. Daß jedoch auch jene Normen nicht unstrittig sind, zeigt die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in dem Fall „Christos Konstantinides“<sup>66</sup>.

Noch ein bißchen weiter als eine „einfache“ Transkription geht das, was *Sarcevic*<sup>67</sup> als „naturalisation“<sup>68</sup> bzw. „Einbürgerung“ charakterisiert: die sprachliche Anpassung eines

62 Vgl. die näheren Erörterungen in Abschnitt IV.3.c).

63 Vgl. *Vanden Bulcke* (Fn. 50) S. 226 und *Sarcevic* (Fn. 25) S. 160.

64 *Vanden Bulcke* (Fn. 50) S. 229.

65 International Organisation for Standardisation (ISO) in Genf.

66 EuGH, Urteil vom 30.3.1993, Rs. C 168/91, Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes (Slg.) 1993 I, S. 1191 ff.; dazu *Gerard-René de Groot*, *Personnel Statuut*, Oktober 1993, (1994) 5-9 *Common Market Law Review*, S. 395 ff. (mit Anmerkung von *Rick Lawson*).

67 *Sarcevic* (Fn. 52) S. 971.

Begriffs aus der Ausgangssprache an die Vorschriften der Zielsprache. *Pasternak*<sup>69</sup> spricht in diesem Fall von einer „bedeutungsverlustlosen phonetischen Einverleibung fremdsprachiger Termini“ in die Zielsprache. Meiner Meinung nach ist ein solcher sprachlich angepaßter Begriff als Neologismus zu kennzeichnen<sup>70</sup>.

Oben wurde die Möglichkeit erwähnt, den ursprünglichen Begriff mittels einer sog. „wörtlichen Übersetzung“<sup>71</sup> in Klammern hinzuzufügen. Mit einer solchen wörtlichen Übersetzung wird offensichtlich eine sich an der Umgangssprache der Ausgangs- und Zielsprache orientierende Übersetzung der Elemente, aus denen sich der zu übersetzende Begriff zusammensetzt, gemeint<sup>72</sup>. Manche Autoren erwähnen eine derartige „wörtliche“ oder „Wort für Wort“-Übersetzung<sup>73</sup> auch als eine Alternative, wenn ein äquivalenter Begriff nicht vorhanden ist. M.E. ist dies weniger sinnvoll. Eine solche „Wort für Wort“-Übersetzung kann in gewissem Maße sinnvoll sein, um einen nicht übersetzten Begriff aus der Ausgangssprache zugänglicher zu machen. Unabhängig von dem ursprünglichen Begriff ist eine solche „wörtliche Übersetzung“ jedoch nur sinnvoll<sup>74</sup>, wenn sie ein Äquivalent erbringt<sup>75</sup>, eine für Juristen der Zielrechtsordnung verständliche Übersetzung ist oder einen sinnvollen Neologismus bildet<sup>76</sup>.

Es sollte kurz die Möglichkeit erwähnt werden, hinter dem ursprünglichen Begriff in der Zielsprache eine Anmerkung wie „vgl. ...“ in Klammern oder in einer Fußnote hinzuzufügen. Eine derartige Anmerkung geht, ohne die Übereinstimmungen und Unterschiede näher zu erläutern, in die Richtung einer Umschreibung<sup>77</sup>.

## b) Die Umschreibung

Die zweite Ersatzlösung ist die Umschreibung. Wenn eine Umschreibung in der Zielsprache eine nahezu perfekte Definition eines Begriffs aus der Zielsprache darstellt, ist eine derartige Beschreibung ein aus mehreren Worten bestehendes Äquivalent. Mit *Sarcevic*<sup>78</sup>

- 
- 68 Den Begriff „Naturalisation“ bzw. „Einbürgerung“ werde ich nachher (im Abschnitt IV.5.d) jedoch in einer anderen Bedeutung verwenden.
  - 69 *Volker Pasternak*, Chinesisch als Rechtssprache im Kontext des Common Law: Der Fall Hongkong, Verfassung und Recht in Übersee 1993, S. 275 ff., insbesondere S. 293.
  - 70 Vgl. darüber mehr in Abschnitt IV.3.c).
  - 71 *Sarcevic* (Fn. 52) S. 970, spricht in diesem Zusammenhang sogar von „literal equivalent“. Vgl. *dies.* (Fn. 25): „Lehnübersetzung“.
  - 72 Vgl. *Weston* (Fn. 30) S. 684: „The method of formal (lexical) equivalence at the level of either the individual word or group of words“.
  - 73 So *Weston* (Fn. 30) S. 684 und *ders.* (Fn. 51) S. 19.
  - 74 Vgl. *Sarcevic* (Fn. 25): „So sind Lehnübersetzungen nur dann als adäquat anzusehen, wenn ihre sprachlichen Elemente eine transparente und informationstragende Motivationsstruktur besitzen.“
  - 75 *Weston* (Fn. 30) S. 684, weist darauf hin, daß eine wörtliche Übersetzung manchmal zu einem guten Äquivalent führt und bringt als französische bzw. englische Beispiele: *cour d'appel* bzw. *court of appeal* und *droit administratif* bzw. *administrative law*.
  - 76 Vgl. *Vanden Bulcke* (Fn. 50) S. 235.
  - 77 Vgl. darüber mehr im nächsten Abschnitt.
  - 78 *Sarcevic* (Fn. 52) S. 973.

können wir dann von einem deskriptiven Äquivalent sprechen<sup>79</sup>. Die so umschriebene juristische Entität gibt es zwar nicht in der Zielrechtsordnung, aber sie ist wegen der Kombination ihrer Elemente für einen Juristen, der sich in dem Rechtssystem gut auskennt, verständlich<sup>80</sup>. Insoweit die Umschreibung Mängel aufweist, zeigt diese Ersatzlösung Charakterzüge eines Neologismus. Die Zweckmäßigkeit der Umschreibung als Ersatzlösung hängt sowohl von der Länge und der Komplexität der Umschreibung als auch von dem Ziel der Übersetzung ab<sup>81</sup>.

### c) Neologismus

#### aa) Was ist ein Neologismus?

Die dritte Ersatzlösung ist das Bilden eines Neologismus: Man benutzt in der Zielsprache einen Begriff, der nicht (oder nicht mehr) in der einschlägigen Zielrechtsordnung verwendet wird. Ein Beispiel ist die Übersetzung eines Begriffs wie des niederländischen *on-rechtmatige daad* (Unerlaubte Handlung) oder des französischen *délit* ins Englische. Ein akzeptables Äquivalent findet sich im Rechtssystem von England und Wales nicht<sup>82</sup>. Deshalb werden manchmal Übersetzungen wie *unlawful act*<sup>83</sup> oder *delict*<sup>84</sup> vorgeschlagen. Derartige Übersetzungen verhindern, daß die erwähnten kontinentaleuropäischen Begriffe mit dem common law-Begriff *tort* verwechselt werden. Ein Nachteil eines derartigen Neologismus ist jedoch, daß sich solche neuen Begriffe für englische Juristen merkwürdig anhören.

Beim Übersetzen juristischer Informationen wird recht häufig ein Neologismus gebildet werden müssen. Ich bin deshalb nicht derselben Meinung wie *Weston*<sup>85</sup>, der behauptet:

---

79 Vgl. *Sandrini* (Fn. 12) S. 113, Fn. 351: „explikative Übersetzung“ mit Verweisung auf *Radegundis Stolze*, Rechts- und Sprachvergleich beim Übersetzen juristischer Texte, in: *Klaus-Dieter Baumann/Hartwig Kalverkämper* (Hg.), *Konstrastive Fachsprachenforschung*, Tübingen 1992, S. 226. *Sandrini* benutzt auf S. 115 in diesem Zusammenhang den Begriff „Erklärungsäquivalent“.

80 So könnte man z.B. den deutschen Begriff *schwebend unwirksam* in die Terminologie des niederländischen Rechts durch eine Umschreibung übersetzen, obwohl es die Institution der schwebenden Unwirksamkeit im niederländischen Recht als solche nicht gibt.

81 Vgl. die interessanten Betrachtungen von *Holly Mikkelsen*, On the horns of a dilemma: accuracy vs. brevity in use of legal terms by court interpreters, in: *Marshall Morris* (Hg.), *Translation and the law*, American Translators Association Scholarly Monograph Series, Volume VIII, Amsterdam, Philadelphia 1995, S. 201 ff.

82 Nur in Ausnahmefällen (wenn die Übersetzung nur eine kurze Zusammenfassung eines Dokuments ist und juristische Details weniger wichtig sind) wäre eine Übersetzung mit *tort* akzeptabel. Meistens sollte diese Übersetzung jedoch nicht gewählt werden.

83 Vgl. die Anmerkungen von *Haanappel/Mackaay* (Fn. 31), die in Art. 6:162 BW den Begriff *unlawful act* verwenden und dies folgendermaßen begründen: „The term ‚unlawful act‘ was chosen to avoid (a) using the word ‚delict‘ with its criminal law connotations, (b) a choice between the outdated civilian terms ‚delict‘ and ‚quasi-delict‘, and ‚offence‘ and ‚quasi-offence‘, and (c) the common law connotations of the term ‚tort‘“.

84 Siehe *Peter W. Schroth*, Legal translation, (1986) *American Journal of Comparative law* (Supplement), S. 47 ff., insbesondere S. 57 f.

85 *Weston* (Fn. 30) S. 685.

„it is no business of the translator's to create a new word or expression if the SL [source language] expressions can be adequately and conveniently translated by using one of the foregoing methods”.

Die gemeinten „foregoing methods” sind bei *Weston*: 1) äquivalente Begriffe, 2) wörtliche Übersetzungen und 3) das Erhalten des ursprünglichen Begriffs. Ich habe mich bereits über wörtliche Übersetzungen und das Erhalten des ursprünglichen Begriffs kritisch geäußert. Eine wörtliche Übersetzung ist m.E. ausschließlich sinnvoll a) in Kombination mit dem ursprünglichen Begriff, b) wenn die Übersetzung (mehr oder weniger durch Zufall) die Wiedergabe eines juristischen Äquivalents ist oder c) die wörtliche Übersetzung einen sinnvollen Neologismus liefert. Bezüglich der Erhaltung des ursprünglichen Begriffs betone ich, daß dies soweit wie möglich zu vermeiden ist. Man könnte sagen, daß ich mit *Weston's* skeptischer Einstellung hinsichtlich von Neologismen grundsätzlich nur dann einverstanden bin, wenn ein Neologismus verwendet wird, obwohl ein Äquivalent hätte gefunden werden können<sup>86</sup>.

Im übrigen sei betont, daß der Begriff „Neologismus” von mir in einer besonders weiten Bedeutung verwendet wird. Ich sehe jeden Begriff, der nicht zu der Terminologie der Zielrechtsordnung gehört, als Neologismus an. Oft wird der Begriff in einer viel engeren Bedeutung gebraucht, nämlich als Begriff, der nicht in der Ausgangssprache vorhanden ist. Die weite Umschreibung von „Neologismus” ist jedoch eine logische Folge des oben beschriebenen Ausgangspunktes, daß juristische Informationen nicht von der Ausgangssprache in die Zielsprache übersetzt werden dürfen, sondern aus der Terminologie einer Ausgangsrechtsordnung in die Terminologie einer vom Übersetzer gewählten Zielrechtsordnung zu übersetzen sind. Daraus folgt, daß alle Begriffe, die nicht zu der Terminologie der gewählten Zielrechtsordnung gehören, als Neologismus qualifiziert werden müssen.

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, daß innerhalb der Terminologie der Zielrechtsordnung verschiedene Kategorien von Begriffen unterschieden werden können. Erstens gibt es Begriffe, die vom Gesetzgeber als juristische Begriffe verwendet wurden<sup>87</sup>. Zweitens läßt sich die Terminologie der Rechtsprechung unterscheiden. Eine dritte Kategorie bildet die Terminologie der Personen, die das Recht praktizieren, wie Anwälte, Notare usw. Eine vierte Kategorie bildet die Terminologie der rechtswissenschaftlichen Literatur. Und schließlich kann die Terminologie der Medien unterschieden werden, sofern diese über das Rechtssystem bzw. das Funktionieren des Rechtssystems berichten<sup>88</sup>.

---

86 Außerdem ist folgende Bemerkung angebracht: *Weston* spricht von den französischen bzw. englischen Übersetzungen von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Die Vorschriften, die von diesem Gerichtshof geschaffen werden, können auch in terminologischer Hinsicht als Vorschriften einer Rechtsordnung, die nicht an die terminologischen und anderen Vorschriften der Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten des Europarats gebunden ist, bezeichnet werden. In den Rechtserwägungen des Gerichtshofs sind Neologismen deshalb ohne weiteres erlaubt, selbstverständlich nur, wenn und insofern diese Neologismen vom Gerichtshof als solche gemeint sind.

87 Im Abschnitt II. wurden im Hinblick auf solche Begriffe schon einige Bemerkungen gemacht.

88 Die beschriebene Unterteilung basiert u.a. auf vielen Gesprächen, die ich mit Frau *M.C. Oosterveld-Egas Repáraz* geführt habe. Frau *Oosterveld-Egas Repáraz* hat zusammen mit Frau *J.B. Vuijk-Bosdriesz* das Buch *Juridisch Woordenboek Nederlands-Spaans/Diccionario Neerlandés-Español*, Antwerpen, Den Haag 1990, herausgegeben. Siehe ferner die interessanten Betrachtun-

Es ist im übrigen nicht so, daß Veröffentlichungen von Juristen aus der Zielrechtsordnung, die in der Sprache geschrieben sind, die die Zielrechtsordnung als Rechtssprache verwenden, ausschließlich die Terminologie dieser Zielrechtsordnung benutzen. Dies ist ausschließlich der Fall, wenn die einschlägigen Veröffentlichungen sich auf die Zielrechtsordnung beziehen. Wenn ein Jurist aus der Zielrechtsordnung aber eine Veröffentlichung in seiner eigenen Sprache über ausländisches Recht schreibt, kann diese Begriffe enthalten, die aus der Perspektive der Terminologie der Zielrechtsordnung als Neologismen qualifiziert werden müssen.

#### bb) Kriterien für die Wahl eines Neologismus

Eine schwierige, aber äußerst wichtige Frage ist, nach welchen Maßstäben ein Neologismus gewählt werden muß. Dies hat nicht vollkommen willkürlich zu erfolgen. Niemand wird es akzeptabel finden, wenn ich - nachdem ich beim Übersetzen eines niederländischen Gesetzes ins Französische kein akzeptables französisches Äquivalent gefunden habe - den Begriff aus der Ausgangssprache im Französischen mittels eines Neologismus wie „blubs“ übersetzte. Eine derartige Entscheidung wäre absurd. Die Wahl des Neologismus hat so zu erfolgen, daß die Bedeutung des Begriffs aus der Ausgangssprache einigermaßen deutlich wird, ohne jedoch einen Begriff zu verwenden, der in der Zielrechtsordnung bereits vorhanden ist. Wir müssen in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Worte von *Sarcevic* zu Herzen nehmen, die diese in einem etwas anderen Kontext schreibt<sup>89</sup>:

„Um dieses Ziel zu erreichen, soll der Übersetzer eine Terminologie verwenden, die mittels Assoziationen Vorstellungsgehalte im Bewußtsein des Lesers evoziert, die ihn an die Begriffe und Institutionen seiner eigenen Rechtsordnung erinnert, ihn aber gleichzeitig nicht vergessen läßt, daß es sich um fremdes Geistesgut und fremde Institutionen handelt, die integrierender Bestandteil einer fremden Rechtsordnung sind.“

Hieraus geht hervor, daß man sich sicher sein muß, daß es den einschlägigen Begriff in der Zielrechtsordnung noch nicht gibt. Jeder Begriff, der dort - wenn auch nur selten - verwendet wird, steht außer Frage. So verwerfe ich z.B. die Übersetzung des englischen Begriffs *common law* ins Französische mit *droit commun*<sup>90</sup>. Letzterer Begriff wird bereits in einer sehr von dem Begriff *common law* abweichenden Bedeutung gebraucht.

Die Wahl eines Neologismus hat so zu erfolgen, daß sich ein Jurist aus der Zielrechtsordnung dabei etwas vorstellen kann<sup>91</sup>.

---

gen von *Nico A. Florijn*, *Rechtstaal, lexicon en vertaling*, in: *de Groot* (Fn. 11) S. 5 ff., insbesondere S. 10.

89 *Sarcevic* (Fn. 25) S. 157.

90 So jedoch *Edgard Ledocq*, *Dictionnaire de termes juridiques en quatre langues = Viersprachiges juristisches Wörterbuch*, 5. Aufl., Antwerpen 1995.

91 Vgl. *Sarcevic* (Fn. 52) S. 974 f., die drei Arten von Neologismen unterscheidet: Neologismen, die einen neuen Begriff in der Zielsprache verwenden, Neologismen, die einem bereits existierenden Begriff eine neue Bedeutung in der Zielsprache beimesen, und Neologismen, die einen veralteten Begriff wieder in Umlauf bringen. Darüber *Vanden Bulcke* (Fn. 50) S. 228. Problematisch er-

Zu dem Zweck sind Begriffe, die in der Ausgangsrechtsordnung früher eine äquivalente Bedeutung hatten, besonders geeignet. Wenn z.B. der deutsche Begriff *Sicherungseigentum*<sup>92</sup> in der Terminologie des niederländischen Rechtssystems wiedergegeben werden muß, liegt es nahe, die Übersetzung *fiduciaire eigendom* oder *eigendom tot zekerheid* als Neologismus zu verwenden. Diese Begriffe gibt es grundsätzlich im niederländischen Rechtssystem nicht mehr<sup>93</sup>. Die Verwendung einer solchen Übersetzung hat jedoch für einen niederländischen Juristen wegen der Bedeutung dieser Begriffe in der Rechtsgeschichte einen deutlichen Informationswert.

Brauchbar sind oft auch römisch-rechtliche Begriffe, sofern man annehmen darf, daß Juristen aus der Zielrechtsordnung (noch) über einige Kenntnisse des römischen Rechts verfügen. Es ist dann weiter angebracht, sich zu fragen, ob der römisch-rechtliche Begriff von den Juristen aus der Zielrechtsordnung vielleicht falsch interpretiert werden könnte. Letzteres könnte vor allem der Fall sein, wenn man den römisch-rechtlichen Begriff an die Zielsprache anpaßt. Ein Beispiel bildet die Übersetzung des niederländischen Begriffs *subrogatie*<sup>94</sup> ins Deutsche. Wenn man denken würde, daß im deutschen Recht kein Äquivalent dafür bekannt ist, könnte man auf die Idee kommen, das römisch-rechtliche *subrogatio* zu *Surrogation* zu „verdeutschten“. Dieser Begriff wird in Deutschland jedoch für die niederländische *zaaksvervanging* verwendet<sup>95</sup>. Diese Tatsache bringt es mit sich, daß wahrscheinlich mancher deutsche Jurist sogar den rein lateinischen Begriff *subrogatio* falsch auslegen wird. Rechtsvergleichende Untersuchung erbringt für den niederländischen Begriff m.E. vielmehr ein Äquivalent in der deutschen Terminologie, und zwar den Begriff *Legalzession*<sup>96</sup>.

Ein gutes Beispiel der Verwendung von römisch-rechtlichen Begriffen als Neologismen bei Fehlen von akzeptablen Äquivalenten in der Zielrechtsordnung ist der englische Text von Art. 16 Ziffer 1 des Brüsseler EWG-Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen:

„The following courts shall have exclusive jurisdiction, regardless of domicile: 1. in proceedings which have as their object rights *in rem*, or tenancies of, immovable property, the courts of the Contracting State in which the property is situated. ...”

---

scheint mir die zweite Kategorie. Einem bereits existierenden Begriff der Zielrechtsordnung eine neue Bedeutung beizumessen, lehne ich ab. M.E. führt dies zu Mißverständnissen. Man sollte sich jedoch im klaren darüber sein, daß *Sarcevic* den Begriff „Neologismus“ in einer engeren Bedeutung verwendet, als ich dies in diesem Beitrag befürworte. Einen Begriff aus einer anderen Rechtsordnung als der Zielrechtsordnung, die jedoch dieselbe Zielsprache als Rechtssprache verwendet, als Neologismus zu handhaben, wird wahrscheinlich in die von ihr erwähnte zweite Kategorie eingestuft werden. Vgl. dazu die folgende Darlegung.

92 *Palandt* (Fn. 53) Anmerkungen 11 ff. zu § 930.

93 Wenn wir die Bestimmung des Art. 86 der Overgangswet nieuw Burgerlijk Wetboek (Übergangsgesetz des neuen niederländischen bürgerlichen Gesetzbuchs) kurz außer Betracht lassen.

94 *Brahn/Reehuis* (Fn. 15) S. 369 ff.

95 *Palandt* (Fn. 53) Anmerkung 20 zur Einleitung von § 854.

96 Das Register von *Palandt* (Fn. 53) verweist bei diesem Stichwort auf § 412.



Zur Wiedergabe von kontinentaleuropäischen Begriffen wie *zakelijk recht*, *droit réel*, *diritto reale*, *derecho reale* bzw. *dingliches Recht* im Englischen wurde der Begriff *right in rem* gewählt.

Oft kommen auch Begriffe in Betracht, die zwar nicht in der Zielrechtsordnung, jedoch in einem anderen Rechtssystem, das dieselbe Sprache als Rechtssprache verwendet, als juristische Begriffe fungieren. Diese These bedarf einer näheren Erläuterung.

Oben wurde bereits die grundlegende These vertreten, daß aus der Rechtssprache eines bestimmten Rechtssystems in die Rechtssprache eines bestimmten anderen Rechtssystems übersetzt werden muß. Wenn die Zielsprache in mehreren Rechtssystemen als Rechtssprache fungiert, wird man entscheiden müssen, in welche Rechtsterminologie welchen Staates zu übersetzen ist. Es darf nicht ohne weiteres das eine Mal in die Terminologie des Systems A und das andere Mal in die Terminologie des Systems B übersetzt werden. Wenn man sich jedoch dafür entschieden hat, grundsätzlich in die Terminologie des Systems A zu übersetzen, darf man bei Mangel an akzeptablen Äquivalenten in diesem Rechtssystem akzeptable Äquivalente aus einem anderen Rechtssystem, das dieselbe Sprache als Rechtssprache verwendet, als Neologismen gebrauchen. Es ist dann jedoch wohl angebracht, solche Neologismen zu kennzeichnen: z.B. mittels einer ausdrücklichen Verweisung auf das Rechtssystem, dem man den einschlägigen Neologismus entlehnt hat. Man hat jedoch bei dieser „Ausweichmethode“ im Auge zu behalten, daß die zentrale Zielsetzung des Übersetzens die Übertragung eines Begriffs ist. Wenn der Inhalt eines Rechtssystems, dem man einen Begriff als Neologismus entlehnen will, den Lesern des Zieltextes wahrscheinlich unbekannt ist, sollte man erneut erwägen, ob der Neologismus überhaupt zweckmäßig ist, oder man sollte den Neologismus in einer Fußnote erläutern. Dies soll mit einem Beispiel illustriert werden. Angenommen, man ist der Meinung, den niederländischen Begriff *hypotheek* (Hypothek) nicht mit dem englischen *mortgage* übersetzen zu dürfen, und man entscheidet sich deshalb für den in der englischen Rechtsterminologie von Quebec vorhandenen Begriff *hypotec*<sup>97</sup>. Würde ein derartiger Begriff für einen englischen Leser ohne Erläuterung dann nicht sehr merkwürdig erscheinen? Wahrscheinlich wohl. Eine kleine Erläuterung wäre hier angebracht.

Daß Juristen, die Kenntnisse des juristischen Englisch von England und Wales haben, der juristische Jargon von Quebec merkwürdig erscheint, zeigt sich regelmäßig, wenn man mit Nicht-Niederländern über die englische Übersetzung des (neuen) niederländischen bürgerlichen Gesetzbuchs<sup>98</sup> spricht. Viele Ausländer scheinen diese Übersetzung seltsam oder sogar falsch zu finden. Ein englischer Kollege sagte mir, er sei so froh darüber, daß die französische und die englische Übersetzung der Artikel nebeneinander abgedruckt sind. „Nachdem ich die französische Übersetzung gelesen habe, verstehe ich auch die englische“, sagte dieser (im französischen Recht spezialisierte) englische Rechtsvergleicher. Ein anderer - nicht englischer - Rechtsvergleicher charakterisierte die Übersetzung als „einfach schlechtes“ juristisches Englisch und benutzte sogar den Ausdruck „idiotic“.

---

97 Vgl. zum Beispiel Art. 2666 Civil Code von Quebec: „A *hypotec* is a charge on one or several specific corporeal or incorporeal properties, or on all the properties included in a universality.“ Im Französischen: „L'hypothèque grève soit un ou plusieurs biens particuliers, corporels ou incorporels, soit un ensemble de biens compris dans une universalité.“

98 *Haanappel/Mackaay* (Fn. 31).

Nach meiner festen Überzeugung geschah - vor allem letztere - Reaktion völlig zu Unrecht. Die Übersetzung von *Haanappel/Mackaay* ist in Ordnung. Im Vorwort der Übersetzung wurde ausdrücklich erwähnt, daß grundsätzlich in die Terminologie von Quebec übersetzt wurde<sup>99</sup>. Daran haben die Verfasser sich auch in konsequenter Weise gehalten. Die Übersetzung ist jedoch lediglich optimal für diejenigen, die mindestens einige Kenntnisse der Terminologie von Quebec haben. Für andere wären vergleichende Anmerkungen in Fußnoten oder andersartige Anmerkungen nützlich gewesen.

In diesem Abschnitt ist es auch angebracht, kurz dem „Status“ von bereits von anderen Personen gewählten Neologismen für bestimmte zu übersetzende Begriffe aus der Ausgangsrechtsordnung Aufmerksamkeit zu widmen. Wenn man Grund hat anzunehmen, daß Benutzer des Zieltextes einschlägige von anderen Übersetzern verwendete Neologismen öfter als Wiedergabe für die betreffenden Begriffe aus der Ausgangsrechtsordnung in Veröffentlichungen gesehen haben, wird man ernsthaft erwägen müssen, die Entscheidung dieser Übersetzer zu übernehmen. Man sollte sich darüber im klaren sein, daß die Wahl eines neuen, eigenen Neologismus zur Verwirrung Anlaß geben könnte. Selbstverständlich hängt das Risiko, daß solche Verwirrung entsteht, von der Bekanntheit einer früheren Veröffentlichung, in der ein bestimmter Neologismus eingeführt wurde, ab. Mit dieser kurzen Anmerkung sind wir bei der Problematik der Erforderlichkeit der Standardisierung angelangt, die später näher erörtert werden wird<sup>100</sup>.

#### 4. Übersetzen in eine Rechtssprache in statu nascendi

Bisher wurde immer davon ausgegangen, daß aus einer Rechtssprache in die bereits vorhandene Terminologie eines anderen Rechtssystems oder jedenfalls aus einer Rechtssprache eines Rechtssystems in eine andere Rechtssprache desselben Systems übersetzt werden muß. Es ist deshalb angebracht, Situationen, in denen in eine (relativ) neue Rechtssprache zu übersetzen ist, besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Wenn die Übersetzung in eine solche neue Rechtssprache zu erfolgen hat, können verschiedene Situationen unterschieden werden:

a) Eine Regionalsprache innerhalb eines bestimmten Staates wird - neben der Rechtssprache, die bereits in dem betreffenden Staat benutzt wird - zur Beschreibung des im dem Staat geltenden Rechts verwendet. Beispiele sind juristische Übersetzungen aus dem Niederländischen ins Friesische<sup>101</sup> oder aus dem Spanischen ins Katalanische<sup>102</sup> und ins Baski-

---

99 *Haanappel/Mackaay* (Fn. 31) Preface, S. IX und XI.

100 Vgl. dazu Abschnitt IV.5.

101 Siehe diesbezüglich *K.J. Van Dijk*, in: *de Groot/Balkema* (Fn. 37) S. 113 ff. Vgl. ferner die interessanten Betrachtungen über die Verwendung des Friesischen von *R. Niessen-Cobben*, *Fiscaal Weekblad FED* 1996, S. 451 und *Gosta I. Jellema/Alex M.J. Riemersma*, *De Friese taal in het bestuurlijk verkeer en het rechtsverkeer*, *RegelMaat* 1996, S. 179 ff.

102 Siehe diesbezüglich *Carles Duarte i Montserrat*, *La traducció jurídica-administrativa avui a Catalunya: mètodes i problemes*, *Revista de Llengua i Dret*, Nr. 13, 1989, S. 61 ff.; *Raymond Marcus*, *La traduction en français du catalan juridique*, *Revista de Llengua i Dret*, Nr. 11, 1988, S. 203 ff.

sche<sup>103</sup>. Innerhalb des Königreichs der Niederlande, insbesondere in den Niederländischen Antillen und Aruba, könnte demnächst vielleicht das Übersetzen ins Papiamentu hinzukommen. Der Übersetzer, der als erster versucht, juristische Informationen in eine derartige (Regional-)Sprache zu übersetzen, kann nicht eine Übersetzung in eine bereits existierende Terminologie vornehmen. Er ist gewissermaßen völlig frei in der Wahl der Terminologie. Wenn er im Auftrag des Gesetzgebers übersetzt und seine Übersetzung den Status einer authentischen Übersetzung erhält, sind die von ihm verwendeten Begriffe danach als vollständige Äquivalente der Begriffe der (anderen) Rechtssprache des einschlägigen Staates festgelegt. Wenn der Übersetzer dagegen nicht im Auftrag des Gesetzgebers übersetzt bzw. wenn zumindest seine Übersetzung keinen authentischen Status erhält, kann nicht die Rede davon sein, daß die Bedeutung der Begriffe festgelegt wird; der Übersetzer schafft jedoch terminologische Präzedenzfälle, die spätere Autoren und Übersetzer berücksichtigen müssen, wenn sie terminologische Verwirrung verhindern wollen. In dem Maße, wie die Zahl der authentischen Texte in der Rechtssprache in statu nascendi zunimmt, verringert sich die Freiheit des Übersetzers bzw. Autors in der Wahl der Begriffe aus der einschlägigen neuen Rechtssprache. Der Grundsatz „übersetze von Rechtssprache in Rechtssprache“ wird dann immer wichtiger. Trotzdem wird es sehr viele Jahre dauern, bevor von einer einigermaßen „vollständigen“ Rechtssprache gesprochen werden kann. Oft wird ein Übersetzer mit Rechtsgebieten konfrontiert werden, die terminologisch nicht vollständig entwickelt sind. Wie ist dann für Gebiete, in denen noch keine Terminologie vorhanden ist, eine Terminologie zu entwickeln? Die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten wurden oben bei der Beschreibung der Wahl der Neologismen bereits erwähnt. Die in diesem Kontext relevanten Möglichkeiten sollen hier noch einmal wiederholt werden. Selbstverständlich ist es möglich, daß alten Rechtsbegriffen aus der einschlägigen Regionalsprache eine neue Bedeutung gegeben wird. Dies ist möglich, wenn die einschlägige Regionalsprache einst Rechtssprache war. Wie ich erfahren habe, hat man für die friesische und katalanische Rechtsterminologie teilweise tatsächlich auf die Terminologie alter friesischer bzw. katalanischer Rechtsquellen zurückgegriffen. Ferner gibt es die Möglichkeit der sog. „wörtlichen Übersetzung“ der Begriffe in die Regionalsprache, d.h. eine an der Umgangssprache der Ausgangs- und Zielsprache orientierte Übersetzung der Elemente, aus denen sich der zu übersetzende Begriff zusammensetzt. Auch gibt es die Möglichkeit einer sprachlichen Anpassung des zu übersetzenden Begriffs an die einschlägige Regionalsprache. Wenig attraktiv ist hingegen die Entwicklung von Phantasiebegriffen, da diese zunächst für den Leser nicht den geringsten Informationswert haben.

b) Es wird anstelle der Sprache, die bis jetzt in dem einschlägigen Rechtssystem benutzt wurde, eine neue Sprache für die Beschreibung juristischer Informationen verwendet. Ein gutes Beispiel dieser Situation bildet die Entwicklung des Bahasa Indonesia als Rechtssprache für Indonesien anstatt des Niederländischen, das früher verwendet wurde. Grundsätzlich gelten dann dieselben Regel wie bei a). Der erste Übersetzer bzw. die ersten Übersetzer sind frei in der Wahl ihrer Begriffe. Wenn eine authentische Übersetzung im Auftrag des Gesetzgebers erstellt wird, werden die gewählten Begriffe wegen des authenti-

---

103 Siehe diesbezüglich *José Inazio Berasategui Lardizabal*, La traducción jurídico-administrativa en el País Vasco, *Revista de Lengua i Dret*, Nr. 13, 1989, S. 29 ff.

schen Status als vollständige Äquivalente der früher in der Ausgangssprache verwendeten Begriffe festgelegt. Von großer Bedeutung ist eine gute Koordination dieser Prozesse, mittels derer die Bedeutung von Begriffen geprägt wird. Eine systematische Bestandsaufnahme der Terminologie der neuen Rechtssprache ist sehr wichtig. Wenn eine solche nicht oder erst sehr spät erfolgt, hat dies ein terminologisches Chaos zur Folge. Die terminologische Situation in Indonesien ist ein Beispiel einer solchen Situation. Juristische Wörterbuchprojekte, die derzeit in bezug auf das Bahasa Indonesia durchgeführt werden, sind deshalb für die terminologische Stabilisierung des juristischen Bahasa Indonesia von größter Bedeutung.

c) Gesetze der Ausgangsrechtsordnung werden in die (Rechts-)Sprache eines anderen Rechtssystems, das eine sehr abweichende Rechtstradition hat, übersetzt, und zwar ausdrücklich im Hinblick auf eine Übernahme des Rechts des erstgenannten Rechtssystems. Es müssen dabei sehr viele Neologismen gewählt werden, die dann im Hinblick auf den Status der Übersetzung als gesetzliche Festlegung gelten<sup>104</sup>. Teilweise kann jedoch auch die alte Terminologie des einschlägigen Rechtssystems übernommen werden. Es wurden interessante Betrachtungen über die Probleme, die sich dabei ergeben, veröffentlicht, z.B. über die Übersetzung von westlichen Gesetzbüchern ins Japanische<sup>105</sup>. Man vergleiche in diesem Zusammenhang auch die aktuellen Probleme in bezug auf die Notwendigkeit, juristische Dokumente der common law-Jurisdiktion Hong Kongs wegen des im Jahre 1997 vollzogenen Übergangs des Hongkonger Territoriums an China ins Chinesische zu übersetzen<sup>106</sup>. Diese Übersetzungen sind notwendig, da die Volksrepublik China sich völkerrechtlich dazu verpflichtet hat, das common law in Hong Kong auch nach 1997 während einer Zeit von 50 Jahren weiter anzuwenden. Rechtssprache wird jedoch anstatt Englisch nunmehr Chinesisch sein.

d) Neben der bereits existierenden Rechtssprache eines Rechtssystems werden juristische Informationen über das Rechtssystem in einer anderen Sprache formuliert, die zugleich als Rechtssprache eines anderen Staats fungiert. Beispiele sind die Entwicklungen einer deutschen Rechtssprache in Belgien<sup>107</sup> und die Übersetzung der Gesetzgebung Italiens ins Deutsche<sup>108</sup>. Vieles des oben bereits Erwähnten trifft auch hier zu. Auch in diesen Situationen sind die Regeln wieder anwendbar, die im Hinblick auf die Wahl der Neologismen

---

104 Vgl. Sacco (Fn. 3) S. 43: „La recezione è l'occasione per creare un neologismo destinato a tradurre l'espressione straniera.”

105 Siehe dazu die interessanten und ausführlichen Betrachtungen von I. Kitamura, *Les problèmes de la traduction juridique au Japon*, Rapport japonais de XIIe Congrès international de droit comparé (Sydney, Melbourne 1986), *Les Cahiers de Droit* 1987, S. 747 ff., englische Bearbeitung veröffentlicht in: *Problems of the translation of law in Japan*, Wellington 1993.

106 Siehe dazu die interessanten Betrachtungen von Albert H.Y. Chen, *The language of the law in Hong Kong*, *Hong Kong Law Journal* 1985, S. 19 ff.; *ders.*, *The bilingual legal system in Hong Kong: a gloomy future*, *Hong Kong Law Journal* 1991, S. 14 ff.; Pasternak (Fn. 69) S. 275 ff.

107 Bergmans (Fn. 37); van der Velden (Fn. 37).

108 Peter Sandrini, Übersetzung italienischer Gesetzestexte ins Deutsche, *Terminologie et Traduction* 3/1991, S. 317 ff.

formuliert wurden. Anders als in den unter a) bis einschließlich c) beschriebenen Fällen ist es hier aber möglich, der Terminologie anderer Rechtssysteme, in denen die einschlägige Zielsprache als Rechtssprache benutzt wird, Begriffe zu entlehnen. Wenn man sich eines Begriffs aus der Rechtssprache eines solchen fremden Rechtssystems bedient und den einschlägigen Begriff zur Übersetzung eines Begriffs aus dem eigenen Rechtssystem verwendet, hat man jedoch die Tatsache zu berücksichtigen, daß mit demselben Begriff juristische Realitäten unterschiedlicher Rechtssysteme wiedergegeben werden. Einem fremden Rechtssystem einen Begriff zu entlehnen, ist daher ausschließlich vertretbar, wenn zwischen den einschlägigen Begriffen aus beiden Rechtssystemen eine akzeptable Äquivalenz besteht. In seinen Veröffentlichungen über die Entwicklung einer deutschen Rechtssprache in Belgien zeigt sich *Bergmans* deshalb zögernd über die Möglichkeit, für die deutschsprachige belgische Gesetzgebung das juristische Jargon Deutschlands zu verwenden. Dahingegen scheint *Sandrini*<sup>109</sup> wesentlich weniger Vorbehalte zu hegen, für die deutschsprachige italienische Gesetzgebung dem österreichischen Rechtssystem Terminologie zu entlehnen. Er schreibt:

„Für die Einführung einer deutschen Rechtssprache in Südtirol, also innerhalb des italienischen Rechtssystems, kann aufgrund verschiedener Faktoren österreichische Rechtsterminologie trotz offensichtlicher begrifflicher Unterschiede eingesetzt werden. Die Schöpfung einer neuen Rechtssprache, die auch auf sprachlicher Ebene die inhaltlichen Unterschiede widerspiegelt, würde m.E. zu weit führen und könnte sogar zu einer negativen Regionalisierung der Minderheitensprache führen. Das angepeilte Ziel ist die Einführung einer Rechtssprache, mit der italienisches Recht in deutscher Sprache gesprochen werden kann, wobei das sprachpolitische Ziel der Erhaltung und Förderung der Minderheitensprache im Vordergrund steht. Dieses Ziel läßt sich sicherlich nicht durch eine aus dem Italienischen „übersetzte“ Rechtssprache erreichen, sondern durch die Übernahme einer historisch gewachsenen Rechtssprache. Sprachliche Überlegungen stehen hierbei im Vordergrund, von begrifflichen Unterschieden zwischen italienischen und österreichischen Rechtsinstituten kann in der Rechtsprechung abgesehen werden.“

Bezüglich einiger Elemente dieses ausführlichen Zitats bin ich anderer Ansicht. Die Verwendung österreichischer Termini für italienische Rechtsbegriffe lehne ich ab, wenn die Unterschiede der italienischen und österreichischen Begriffe „offensichtlich“ sind. Die Verwendung ein und desselben Wortes für unterschiedliche Begriffe gibt m.E. Anlaß zur Verwirrung und ist irreführend. Andererseits weist *Sandrini* jedoch mit Recht auf die Gefahr der Regionalisierung einer Minderheitensprache hin. Wenn eine akzeptable Äquivalenz zwischen dem zu übersetzenden italienischen Rechtsbegriff und z.B. einem österreichischen Begriff vorhanden ist, liegt die Verwendung desselben Wortes nahe. Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß man entgegen der eigentlichen Absicht doch eine andere Rechtssprache entwickelt, in diesem Falle eine deutsche Rechtssprache für Italien. Wenn man unbedingt österreichische Begriffe verwenden will, würden jedoch viele „faux

---

109 *Sandrini* (Fn. 12) S. 105.

amis”<sup>110</sup> zwischen dem österreichischen Deutsch einerseits und dem italienischen Deutsch andererseits hervorgerufen werden. Die Schöpfung einer deutschen Rechtssprache für Italien kann m.E. nichts anderes sein als eine aus dem Italienischen „übersetzte“ deutsche Rechtssprache, wenn auch nur, weil alle verwendeten Begriffe ein hundertprozentiges Äquivalent im Italienischen haben<sup>111</sup>. Die These, daß eine historisch gewachsene Rechtssprache rezipiert werden sollte, übersieht, daß die österreichische Rechtssprache nicht nur historisch gewachsen, sondern auch unlöslich mit dem österreichischen Rechtssystem verwachsen ist. Von diesem Rechtssystem kann die Sprache nicht gelöst werden, ohne die Bedeutung der verwendeten Begriffe zu ändern.

Vielleicht hat *Sandrini* auch in dem erwähnten Zitat seine Gedanken etwas zu spitz ausgedrückt. Zehn Seiten weiter<sup>112</sup> ist seine Darlegung nämlich viel moderater:

„Wenn z.B. in Südtirol italienisches Recht in deutscher Sprache gesprochen werden soll, muß die deutsche Terminologie für das italienische Recht entweder neu geprägt werden oder aus der (bundes-)deutschen oder der österreichischen Rechtssprache übernommen werden. Eine vollkommene Neuprägung wird schwer möglich sein, andererseits wird eine Übernahme von Fachwörtern u.U. auch zu Mißverständnissen führen, wenn z.B. ein mit dem deutschen Recht vertrauter Jurist einen Text mit ihm bekannten Termini liest, die sich aber in diesem Fall auf italienisches Recht beziehen. Gerade für eine sprachliche Minderheit wird es von besonderer Bedeutung sein, eine zu starke Regionalisierung der Sprache zu vermeiden, indem eine natürlich gewachsene Rechtssprache übernommen wird, sofern dies möglich ist.”

Meiner Meinung nach ist es unmöglich, eine bestimmte Regionalisierung zu vermeiden. Man kann selbstverständlich versuchen, sich der Rechtssprache anderer Rechtssysteme anzuschließen, die dieselbe Sprache als Rechtssprache verwenden, sofern dies im Rahmen der Äquivalenz von Begriffen vertretbar ist. Im zweiten Zitat fällt es im übrigen auf, daß die Möglichkeit der Orientierung auf die deutschschweizerische Rechtsterminologie nicht erwähnt wird<sup>113</sup>; ferner sollte man berücksichtigen, daß bei einem mit dem deutschen Recht vertrauten Juristen auch beim Lesen des österreichischen Deutsch manchmal schon Fragen entstehen<sup>114</sup>.

---

110 Über „faux amis“ im allgemeinen *Hedwig Krem*, *Falsi amici e amice da evitare*, *Idioma* 1967, S. 176 ff.

111 Nur in jenen Rechtsgebieten, in denen das deutschsprachige Italien eine legislative Autonomie hat, ist es denkbar, daß Terminologie des österreichischen Rechtssystems übernommen wird, wenn auch die betreffenden Begriffe oder gar Regelungen aus Österreich rezipiert werden.

112 *Sandrini* (Fn. 12) S. 105.

113 Ebenso wenig im übrigen das Liechtensteiner und das belgische Deutsch.

114 So lautet die Übersetzung für den niederländischen Begriff *nationaliteit* in Deutschland *Staatsangehörigkeit*, während in Österreich der Begriff *Staatsbürgerschaft* benutzt wird. Letzterer Begriff hat jedoch anders als der in Deutschland übliche zugleich eine eindeutig politische Dimension (vgl. im Englischen den Begriff *citizenship*). Die Diskussion über diese Terminologie ist wieder angefach worden, seit innerhalb der Europäischen Union die „Unionsbürgerschaft“ geschaffen wurde.

e) Ein neues Rechtssystem wird entwickelt, wobei man sich einer Rechtssprache bedient, die zugleich als Rechtssprache eines anderen Rechtssystems fungiert. Aktuelles Beispiel diesbezüglich ist die Entwicklung des Rechtssystems der Europäischen Union, deren Rechtssprachen alle Sprachen der Mitgliedstaaten sind<sup>115</sup>.

In diesem Zusammenhang ist zunächst eine bereits eher aufgeworfene Frage näher zu erörtern: Muß die europarechtliche Terminologie als eine separate Rechtssprache betrachtet werden? Diese Frage kann sowohl bejaht als auch verneint werden. Die niederländisch-europarechtliche Terminologie wird in den Europäischen Verträgen sowie in europäischen Verordnungen und Richtlinien benutzt. Diese Rechtsakte sind sowohl Teil<sup>116</sup> der belgischen als auch der niederländischen Rechtsordnung. Insofern ist die niederländisch-europarechtliche Terminologie sowohl Teil der belgisch-niederländischen als auch der niederländisch-niederländischen Rechtssprache und bildet keine separate Rechtssprache. Jedoch ist im Hinblick auf den europäischen Gesetzgeber, der die Terminologie entwickelt, festzustellen, daß er in der Entwicklung einer eigenen Rechtsterminologie völlig autonom ist, und es grundsätzlich nicht notwendig ist, daß er sich nach der Begriffsbedeutung richtet, die bestimmte Begriffe bereits in der belgisch-niederländischen oder niederländisch-niederländischen Rechtssprache haben. Insofern ist durchaus eine separate Rechtssprache vorhanden. Die Unterschiede zwischen der niederländisch-europarechtlichen Terminologie einerseits und der niederländisch-niederländischen Rechtsterminologie andererseits sind anders als z.B. die terminologischen Unterschiede, die manchmal bei verschiedenen Ministerien festgestellt werden können. Dort wo sich die Gesetzgebungsjuristen innerhalb der verschiedenen Ministerien der Tatsache bewußt sein müssen, daß ein Rechtssystem ein Ganzes ist und terminologische Abweichungen wahrscheinlich als Anomalien betrachtet werden und vielleicht sogar zur Verwirrung führen, ist der europäische Gesetzgeber frei, Begriffsbedeutungen neu festzulegen. Wenn der europäische Gesetzgeber in der niederländischen Sprache Wörter neu prägt, erhalten diese Begriffe in Belgien und in den Niederlanden die gleiche Bedeutung, zumindest im Kontext der durch die europäische Gesetzgebung beeinflussten Gebiete des belgischen und niederländischen Rechts. Die belgische und niederländische Rechtsterminologie ist dann insoweit vereinheitlicht. Es ist jedoch notwendig, daß die belgischen und niederländischen Gesetzgeber bei der Begriffswahl in der übrigen Gesetzgebung die Bedeutung, die der europäische Gesetzgeber bestimmten Begriffen beigemessen hat, berücksichtigen. Geschieht dies nicht, zerbröckelt sowohl die belgisch-niederländische als auch die niederländisch-niederländische Rechtssprache. Für die terminologische und systematische Einheit eines Rechtssy-

---

115 Zur europarechtlichen Terminologie *Hélène Bauer-Bernet*, La production de textes juridiques en diverses langues officielles par les institutions des Communautés Européennes, *Revista de Llen-gua i Dret*, Nr. 13, 1989, S. 15 ff.; *G. Breton van Groll*, Veeltaligheid bij de Europese Gemeenschap, in: *de Groot/Balkema* (Fn. 37) S. 77 ff.; *Vassilis G. Koutsivitis*, Réflexions terminologiques et traductologiques à partir de la version grecque du traité CEE, *Terminologie et Traduction* 3/1991, S. 15 ff.; *Bernard Mills*, Some aspects of legal translation in the European Communities, in: *Nekeman* (Fn. 38) S. 471 ff.

116 Was Richtlinien anbelangt, muß selbstverständlich die Implementationsfrist abgewartet werden und darüber hinaus die Einschränkung gemacht werden, daß es sich um Teile der Richtlinien handeln muß, die unmittelbar anwendbar sind.

stems wäre dies katastrophal<sup>117</sup>. So basiert auch Anweisung 56 Abs. 1 der niederländischen Instruktionen für die Gesetzgebung (*Aanwijzingen voor de regelgeving*) auf demselben Prinzip: „Die Terminologie nationaler Vorschriften wird grundsätzlich an die verwandten gemeinschaftsrechtlichen und internationalen Vorschriften angepaßt“<sup>118</sup>.

Muß der europäische Gesetzgeber bestimmte Grundsätze bei der Wahl der Terminologie in den verschiedenen europäischen Rechtssprachen im Auge behalten? Grundsätzlich ist der europäische Gesetzgeber frei in der Bestimmung der Begriffe in den verschiedenen Rechtssprachen. Die Begriffe, die der europäische Gesetzgeber in den verschiedenen Amtssprachen benutzt, um damit einen bestimmten europarechtlichen Begriff wiederzugeben, sind im Rahmen des Europarechts völlig äquivalent. Die Bedeutung der Begriffe wird grundsätzlich durch das Europarecht und nicht durch das nationale Recht der Mitgliedstaaten bestimmt. Die Bedeutung, die das nationale Recht einem Begriff beimißt, ist nur dann relevant, wenn die Bedeutung des einschlägigen Begriffs europarechtlich nicht genau bestimmt ist. Es sind dann jedoch nicht die nationalen Richter, die das letzte Wort über die Bedeutung des einschlägigen Begriffs haben, sondern letztendlich ist es der Europäische Gerichtshof, der die Bedeutung, die ein bestimmter Begriff in einer nationalen Rechtsordnung hat, beurteilen kann (aber nicht muß). Obwohl die europarechtliche Terminologie autonom ist, kann eine gewisse Osmose mit der Bedeutung, die den Begriffen in den nationalen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten zukommt, nicht geleugnet werden. Es ist deshalb angebracht, daß der europäische Gesetzgeber diese Osmose berücksichtigt. Eine solche kann verhindert werden, indem Begriffe, die auf nationaler Ebene keine Verwendung finden, auf europarechtlicher Ebene eindeutig definiert werden. Wenn man bislang auf nationaler Ebene nicht verwendete Begriffe mit einer Bedeutung belegt, und noch mehr, wenn man auf nationaler Ebene verwendeten Begriffen eine abweichende Bedeutung gibt, sollte man berücksichtigen, daß die terminologische Anpassungsfähigkeit nationaler Juristen nicht zu überschätzen ist. Die Schwierigkeiten, die Juristen mit solchermassen mit einer neuen Bedeutung belegten Begriffen haben, zeigen sich am Beispiel des neuen bürgerlichen Gesetzbuches in den Niederlanden (*Nieuw Burgerlijk Wetboek*), mit dessen Einführung die Prägung neuer Bedeutungen für bereits verwendete Begriffe verbunden war.

---

117 Dies gilt m.E. auch für den juristischen „Kontext“ von Regelungen, die infolge der europäischen Gesetzgebung geändert worden sind. Verwandte Regelungen müssen angepaßt werden, um zu verhindern, daß die betreffenden Vorschriften mit europäischem Recht unvereinbar werden. Siehe dazu *Gerard-René de Groot/Carlos Bollen*, *Verknoeit het Europese recht ons Burgerlijk Wetboek? Voorstel wijziging bescherming derden te goeder trouw en wijziging verjaringsbepalingen*, *Nederlands Tijdschrift voor Burgerlijk Recht* (NTBR) 1995, S. 1 ff.

118 „Voor de terminologie in nationale regelingen wordt in beginsel aangesloten bij die van verwante communautaire en internationale regelingen“. Es wird nach dem vorher Gesagten nicht erstaunlich sein, daß ich dafür plädieren möchte, von Ausnahmen von der Hauptregel, die die Anweisung 56 Abs. 2 formuliert, nur mit Zurückhaltung Gebrauch zu machen.



## 5. Standardisierung von Übersetzungen

### a) Allgemeines

Jede Übersetzung eines Begriffs aus einer Ausgangsrechtsordnung in die Terminologie einer bestimmten Zielrechtsordnung oder die Verwendung eines Neologismus, der zum Ziel hat, die Bedeutung eines Begriffs aus der Ausgangsrechtsordnung in der Zielsprache wiederzugeben, hat eine gewisse Präzedenzwirkung. Wie stark diese terminologische Präzedenzwirkung ist, hängt unter anderem von dem Status der Übersetzung, dem Status des Übersetzers und - last but not least - von der Auflage und der Verbreitung der Übersetzung ab. Spätere Übersetzer können und werden von den früheren Übersetzungen Kenntnis erlangen, und es ist im Hinblick darauf angemessen, wenn den früheren Übersetzungen terminologisch gefolgt wird, soweit man zu der Überzeugung gelangt, daß der frühere Übersetzer rechtsvergleichende Unterschiede und Ähnlichkeiten gesehen und ganz bewußt eine bestimmte Entscheidung getroffen hat. Man sollte lediglich von dem terminologischen Präzedenzfall abweichen, wenn gute Gründe dafür bestehen.

### b) Standardisierung über Wörterbücher

Dies gilt selbstverständlich nur dann, wenn man einen Grund dafür hat, anzunehmen, daß die Leser des Zieltextes oder zumindest ein Teil jener Leser von dem terminologischen Präzedenzfall Kenntnis erlangt haben. In vielen Fällen ist dies in großem Maße zu bezweifeln, so daß man sich an Präzedenzfällen kaum zu stören braucht. Dies ist jedoch anders, wenn die früheren Übersetzungen (oder besser: Übersetzungsvorschläge) in zweisprachigen juristischen Wörterbüchern veröffentlicht sind, die das Ergebnis zuverlässiger rechtsvergleichender Forschung sind und auf der Grundlage jener Forschung Übersetzungsvorschläge formulieren. Da diese Art von Wörterbüchern selten ist, darf man davon ausgehen, daß diese Wörterbücher in jedem Arbeitszimmer von Rechtsvergleichern und Übersetzern, die sich mit Übersetzungstätigkeiten zwischen den einschlägigen Rechtsterminologien zweier Jurisdiktionen beschäftigen, vorhanden sind. Die in den Wörterbüchern formulierten Übersetzungsvorschläge haben dann jeweils eine gewisse Präzedenzwirkung und deshalb eine bestimmte standardisierende Funktion.

### c) Pinyin-Initiativen<sup>119</sup>

In einem bemerkenswerten Beitrag in der niederländischen Juristenzeitschrift „Nederlands Juristenblad“ hat *Struyken* auf die Konsequenzen der mangelnden Koordination bei Übersetzungen bzw. der Nichtbeachtung der Präzedenzwirkung von bereits von anderen Personen getroffenen Übersetzungsentscheidungen hingewiesen<sup>120</sup>. Ein argloser ausländischer

119 Siehe dazu *A.V.M. Struycken*, Pinyin (Over de vertaling van juridische benamingen), *Nederlands Juristenblad* (NJB) 1979, S. 786 f.; *Frans J.A. van der Velden*, Over de transcriptie van het Nederlandse recht in vreemde talen (of: naar een Nederlandsrechtelijke pinyin), in: *de Groot* (Fn. 11) S. 133 ff.

120 „Pinyin“ (über die Übersetzung von juristischen Bezeichnungen), *NJB* 1979, S. 786 f. Vgl. auch die Bemerkungen von *Peter Newmark*, The translation of authoritative statements: a discussion, in:

Leser kann in äußerste Verwirrung geraten. *Struyken* erläutert dies anhand der diversen Übersetzungen, die im Englischen für die Bezeichnungen von niederländischen Gerichtsinstanzen in einem Band mit nationalen Gutachten verwendet werden, die der niederländische Verein für Rechtsvergleichung aus Anlaß der zehnten Weltkonferenz für Rechtsvergleichung 1978 herausgegeben hat<sup>121</sup>. Er folgert daraus, daß die Entwicklung einer Art „Pinyin“<sup>122</sup>, einer Standardübersetzung wichtiger niederländischer juristischer Begriffe in anderen Sprachen, von Bedeutung ist. Der Vorschlag von *Struyken* wurde vom niederländischen Verein für Rechtsvergleichung aufgegriffen, der daraufhin im Jahre 1981 eine sog. „Pinyinkommission“ gründete. Diese Pinyinkommission macht Vorschläge für Standardübersetzungen von niederländischen Begriffen ins Deutsche, Englische und Französische. Diese Kommission setzt sich aus Rechtsvergleichern zusammen, die an verschiedenen niederländischen juristischen Fakultäten tätig sind, sowie aus einigen renommierten Übersetzern, die unter anderem im Übersetzungsdienst des niederländischen Außenministeriums tätig sind. Nach langen vorbereitenden Tätigkeiten veröffentlichte die Pinyinkommission 1992 eine Wörterliste mit Übersetzungsvorschlägen:

*K. Boele-Woelki/F.J.A. van der Velden* (Hg.), *Nederlandse rechtsbegrippen vertaald*. Frans-Engels-Duits, Den Haag 1992.

Momentan arbeitet eine neue Pinyinkommission an einer neuen, geänderten und ergänzten Fassung dieser Wörterliste.

Die Veröffentlichung der Wörterliste der Pinyinkommission verdient große Aufmerksamkeit. Die vorgelegten Übersetzungsvorschläge haben eine große Präcedenzwirkung, weil eine umfangreiche Kommission der Frage, ob bestimmte Begriffe als Äquivalenten betrachtet und welche Alternativen gewählt werden können, ausführliche Sitzungen gewidmet hat, mit dem Ziel, die Bedeutung eines Begriffs aus dem niederländischen Rechtssystem in einer bestimmten Zielsprache wiederzugeben. Nützlich sind insbesondere auch die dreisprachigen „Umschreibungen“, die in der Wörterliste in Form eines Vorschlags für eine „Fußnote“ gegeben werden, wenn die Kommission der Ansicht war, daß in der Zielrechtsordnung ein Äquivalent fehlt. Ein Wunsch, den ich für eine nächste Auflage der Wörterliste habe, ist die ausdrückliche Kennzeichnung von Neologismen und eine kurze Erläuterung für die Wahl des betreffenden Neologismus, z.B. wiederum in einer Fußnote. Es ist mir unbekannt, ob ähnliche Pinyin-Initiativen bereits von anderen nationalen Vereinen für Rechtsvergleichung ergriffen worden sind<sup>123</sup>. Vielleicht wäre eine Diskussion über

---

Language du droit et traduction, Montreal 1982, S. 283 ff.

- 121 So wurde der Begriff *arrondissementsrechtbank* im Englischen mit *county court*, *district court* und *regional court* wiedergegeben.
- 122 „Pinyin“ ist die Bezeichnung einer von der chinesischen Regierung propagierten Standardwiedergabe des Chinesischen in lateinischen Schriftzeichen. Bevor das „Pinyin“ entwickelt wurde, war das Chinesische mittels verschiedener Transkriptionsmethoden in lateinischen Zeichen wiedergegeben worden, was zur Verwirrung geführt hatte.
- 123 Vgl. jedoch *Sarcevic* (Fn. 25) S. 163 f., die von der Existenz von Standardkommissionen in Bulgarien, Norwegen und Schweden berichtet, sowie *Letho* (Fn. 38), die die Tätigkeiten einer Kommission des finnischen Justizministeriums beschreibt, die sich mit der Formulierung guter Übersetzungsvorschläge von finnischen Begriffen ins Englische beschäftigt.

den Nutzen derartiger Initiativen und die Schwierigkeiten, die sich beim Formulieren der Pinyin-Vorschläge ereignen, ein interessantes Thema für die Olympiade für Rechtsvergleicher, die alle vier Jahren unter den Auspizien der Association internationale de droit comparé stattfindet. Dort könnte dann auch besprochen werden, inwieweit nationale Pinyin-Aktivitäten koordiniert werden könnten.

#### d) Die Stellung von eingebürgerten Neologismen

Ein Wort, das ursprünglich als Neologismus zur Wiedergabe eines Begriffs aus einer anderen Rechtsordnung eingeführt wurde, kann später - erst recht, nachdem es regelmäßig als Neologismus verwendet wurde - von der ursprünglichen Zielrechtsordnung rezipiert werden. Das betreffende Wort stellt damit (auch) einen Begriff der letzteren Rechtsordnung dar. Man könnte dann sagen, daß der betreffende Begriff „naturalisiert“ bzw. eingebürgert wird.

Von „Naturalisation“ wird in der sprachwissenschaftlichen Literatur gesprochen<sup>124</sup>, wenn ein unübersetzter Begriff der Ausgangssprache sprachlich der Zielsprache angepaßt wird<sup>125</sup>. Beim Übersetzen juristischer Terminologie sollte man m.E. höhere Anforderungen stellen, bevor man den Begriff „Naturalisation“ benutzt. Von „Naturalisation“ bzw. Einbürgerung sollte man lediglich sprechen, wenn ein Begriff den gleichen Status wie andere Begriffe der Zielrechtsordnung erhält und nur die juristisch-etymologische Herkunft des Begriffs fremd ist. Wer ist in der Lage, in dieser Hinsicht einen fremden Begriff zu „naturalisieren“? In erster Linie kann der Gesetzgeber dies tun, aber auch die Rechtspraxis und insbesondere die juristische Literatur sind dazu in der Lage. Beispiele sind Begriffe wie *Schutznorm*<sup>126</sup>, *dépeçage*<sup>127</sup> und *règles d'application immédiate*<sup>128</sup>, die aufgrund der juristischen Literatur ein Teil des niederländischen juristischen Vokabulars geworden sind, sogar völlig ohne sprachwissenschaftliche Anpassung.

Was ist der Status von sprachlich angepaßten „unübersetzten“ Begriffen der Ausgangssprache in dem Zieltext, solange sie nicht im eben gemeinten Sinne „naturalisiert“ sind? Diese Begriffe sind dann bemerkenswerte Neologismen. Wegen der sprachlichen Anpassung haben sie sozusagen eine „Aufenthaltserlaubnis“ in dem Zieltext erworben, sie bleiben jedoch Fremdkörper. Von einer Einordnung als Begriff der Zielrechtsordnung - im Sinne der oben vertretenen „Naturalisation“ - kann daher nicht die Rede sein.

---

124 *Sarcevic* (Fn. 52) S. 971: „Naturalized words are borrowings which have been modified phonologically or graphologically so as to be more similar to the native words of the TL.“ *Sarcevic* verweist für diese Definition auf *Mario Pei/Frank Gaynor*, A dictionary of linguistics, Totowa/New Jersey 1980, S. 145.

125 Vgl. Abschnitt IV.3.a).

126 *C. Asser/A.S. Hartkamp*, Verbintenis uit de wet, 9. Aufl., Zwolle 1994, Nr. 97, wo erwähnt wird, daß der in Deutschland übliche Begriff nicht *Schutznormlehre*, sondern *Normzwecklehre* ist. In *Palandt* (Fn. 53) Anmerkung 62 zur Vorbemerkung von § 249 findet sich auch der Begriff *Schutzzwecklehre*.

127 Vgl. *L. Strikwerda*, Inleiding tot het Nederlandse Internationaal Privaatrecht, 4. Aufl., Groningen 1995, Nr. 168.

128 Vgl. *Strikwerda* (Fn. 127) Nr. 65.

## V. Zusammenfassung in Thesen

Die Grundzüge der vorherigen Betrachtungen können in folgenden Thesen zusammengefaßt werden:

- 1) Die juristische Terminologie ist systemgebunden (siehe Abschnitt II.); innerhalb einer Sprache gibt es deshalb ebensoviele Rechtssprachen wie Rechtsordnungen, die die betreffende Sprache als Rechtssprache verwenden.
- 2) Wenn die Zielsprache von mehreren Rechtsordnungen als Rechtssprache benutzt wird, muß zunächst die Rechtsordnung festgestellt werden, in deren Rechtssprache zu übersetzen ist.
- 3) Die Bedeutung eines zu übersetzenden Begriffs der Ausgangsrechtsordnung muß untersucht und anschließend muß rechtsvergleichend in der Zielrechtsordnung ein Begriff mit äquivalenter Bedeutung gesucht werden.
- 4) Völlige Äquivalenz zwischen juristischen Begriffen aus zwei Rechtssprachen ist lediglich vorhanden, 1) wenn beide Rechtssprachen sich auf dasselbe Rechtssystem beziehen, 2) wenn ein juristischer Begriff aus einem Rechtssystem von dem anderen Rechtssystem übernommen wurde oder 3) wenn die Ausgangs- und Zielrechtsordnung die betreffenden Begriffe aus der gleichen - dritten - Rechtsordnung übernommen haben (siehe Abschnitt IV.2.).
- 5) Ein Begriff aus der Ausgangsrechtsordnung kann - abhängig vom Kontext - mehrere unterschiedliche (akzeptable) Äquivalente in der Terminologie der Zielrechtsordnung haben (siehe Abschnitt IV.2.).
- 6) Es hängt vom Ziel der Übersetzung ab, ob eine akzeptable Äquivalenz zwischen Begriffen der Ausgangs- und Zielrechtsordnung angenommen werden kann.
- 7) Eine festgestellte (akzeptable) Äquivalenz gilt im Grundsatz lediglich zwischen den betreffenden Ausgangs- und Zielrechtsordnungen und nicht unbedingt zwischen anderen Rechtsordnungen, die die betreffenden Sprachen als Rechtssprachen verwenden (siehe Abschnitt IV.2.).
- 8) Wenn ein (akzeptables) Äquivalent fehlt, ist eine Entscheidung darüber notwendig, a) den Begriff unübersetzt zu lassen, b) eine Umschreibung oder c) einen Neologismus oder eine Kombination dieser Möglichkeiten zu wählen (siehe Abschnitt IV.3.).
- 9) Den Begriff unübersetzt zu lassen, ist lediglich eine angemessene Lösung, wenn der Begriff der Ausgangssprache für die potentiellen Benutzer des Zieltextes transparent und verständlich ist (siehe Abschnitt IV.3.a).
- 10) Die sprachliche Anpassung eines Begriffs der Ausgangssprache an die Zielsprache ist als Neologismus einzustufen (siehe Abschnitt IV.3.a).
- 11) Die Zweckmäßigkeit einer Umschreibung als Ersatzlösung hängt von der Länge und Komplexität der Umschreibung sowie vom Ziel der Übersetzung ab (siehe Abschnitt IV.3.b).

- 12) Ein Neologismus liegt vor, wenn man in der Zielsprache ein Wort verwendet, das nicht (oder nicht mehr) in der vom Übersetzer gewählten Zielrechtsordnung (siehe Abschnitt IV.3.c) aa) benutzt wird.
- 13) Ein Neologismus muß in der Weise gewählt werden, daß der Inhalt des Ausgangsbegriffs einigermaßen deutlich wird, ohne aber einen Terminus zu benutzen, der in der Zielrechtsordnung bereits verwendet wird.
- 14) Als Neologismen sind Termini, die in der Zielrechtsordnung früher eine äquivalente Bedeutung hatten, besonders geeignet. Nützlich sind häufig auch Begriffe des römischen Rechts, wenn und soweit man annehmen darf, daß Juristen der Zielrechtsordnung noch Kenntnisse des römischen Rechts haben. Häufig kommen auch Begriffe in Betracht, die zwar nicht in der gewählten Zielrechtsordnung, jedoch in einer anderen Rechtsordnung, die dieselbe Sprache als Rechtssprache benutzt, juristische Begriffe bilden (siehe Abschnitt IV.3.c) bb).
- 15) Wenn man annehmen muß, daß einige Benutzer des Zieltextes schon einem bestimmten, von anderen Übersetzern bereits gewählten Neologismus als Wiedergabe des zu übersetzenden Begriffs der Ausgangssprache in Veröffentlichungen begegnet sind, wird man ernsthaft überlegen müssen, die betreffende frühere Übersetzung zu übernehmen (siehe Abschnitt IV.5.).
- 16) Im Falle der Änderung der Ausgangs- oder Zielrechtsordnung müssen Übersetzungsvorschläge angepaßt werden.